

Ein koreanischer Blick auf Japan

– Die Schulbuchaffäre von 1982 –

Yun KÖN-JA*

Einleitung

Die „Schulbuchkontroverse“, die sich im Sommer 1982 an dem Zulassungsverfahren für japanische Geschichtsbücher entzündete, markiert einen wichtigen Zeitpunkt in der japanischen Nachkriegsgeschichte. Symbolisiert durch das Argument, Japan dürfe seine aggressive Politik gegen die asiatischen Länder in der Vergangenheit nicht als „Vormarsch“ (*shinshutsu*) bezeichnen, sondern müsse sie „Invasion“ (*shinryaku*) nennen, überschritt die „Schulbuchkontroverse“ bei weitem die Grenzen eines internen Problems des japanischen Erziehungswesens. Sie führte zu einer politischen, diplomatischen und gesellschaftlichen Krise größeren Ausmaßes, die nicht nur Japan selbst, sondern auch die Opfer der damaligen Aggression, wie Nord- und Südkorea, Taiwan, China und andere asiatische Staaten erfaßte. Die Struktur der Beziehungen zwischen Japan und den asiatischen Staaten seit der japanischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg (15. August 1945) spiegelte sich darin wider, und gleichzeitig kamen verschiedene Probleme ans Tageslicht, die die einzelnen Länder in der Nachkriegsgeschichte beschäftigt haben. Kurzum, die „Schulbuchkontroverse“ entwickelte sich zu einem „Politikum“, währenddessen Geschichte und Gegenwart Japans und der asiatischen Länder umfassend in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Erziehungswesen, Geistesleben, Wissenschaft und Nationalbewußtsein unter die Lupe genommen wurden.

Aus: *Shisô*, August 1985

Originaltitel: *1982-nen kyôkasho mondai*

Übersetzt von: Annelie Ortmanns, Tôkyô

Einmal abgesehen davon, daß man die „Schulbuchfrage“ selbstverständlich in Japan heftig diskutierte – die Art und Weise, mit der das Problem in den anderen asiatischen Ländern behandelt wurde, wies dazu diverse feine Unterschiede auf. Wirft man nur einen Blick in das „Verzeichnis der Artikel über die ‚Schulbuchkontroverse‘ in den wichtigsten asiatischen Zeitungen“ (herausgegeben vom Institute of Developing Economies, Dezember 1982)¹, wo aus 39 der in den asiatischen Ländern und Australien erscheinenden Zeitungen die Artikel zum Thema aus dem Zeitraum Juli bis September 1982 katalogisiert sind, fallen Unterschiede in Umfang und Häufigkeit der Nachrichten sowie die jeweils unterschiedliche Behandlung des Problems auf. Allein die Anzahl der Zeitungsmeldungen ist in der Republik Korea (im folgenden ‚Südkorea‘) überwältigend hoch, gefolgt von Hongkong, Singapur, China, Macao, Indonesien, Thailand und Taiwan, während sie in der Demokratischen Volksrepublik Korea (im folgenden ‚Nordkorea‘), die ja früher zusammen mit Südkorea unter japanischer Kolonialherrschaft stand, verhältnismäßig niedrig ist.^{[1]2}

Die Nachrichtenfülle in Südkorea ist dem Umstand zuzuschreiben, daß es größter Leidtragender der japanischen Invasion Asiens war und auch nach 1945 aufgrund der geographischen und diplomatischen Gegebenheiten fortgesetzt enge Beziehungen zu Japan unterhielt. Sie zeigt, daß die relativ hochentwickelte südkoreanische Presse vor diesem Hintergrund äußerst empfindlich auf die „Schulbuchaffäre“ und die damit zusammenhängenden innerkoreanischen Probleme reagierte. Die im Vergleich mit Südkorea weitaus geringere Berichterstattung in Nordkorea ist, so kann man sagen, nicht nur auf die Verschiedenheit des politischen Systems zurückzuführen, sondern auch darauf, daß Nordkorea keine diplomatischen Beziehungen zu Japan unterhält und der kulturelle Austausch zwischen beiden Völkern deshalb ebenfalls gering ist. Schon diese Tatsache an sich macht das historische Bezugssystem deutlich, in dem sich Japan und Nordkorea bzw. die beiden koreanischen Staaten seit 1945 bewegen. Selbstverständlich wäre es unsinnig, die Geschichte der beiden koreanischen Staaten

1 Japanischer Originaltitel: *Ajia-shokoku no shuyō-shinbun ni arawareta ‚Kyōkasho-mondai‘ kiji-sakuin*. Japanischer Name des Instituts: Ajia Keizai kenkyūjo, Tōkyō; das Institut für Asienkunde, Hamburg, ist die europäische Sammelstelle für seine Schriften.

2 Die Anmerkungen des Autors sind mit eckigen Klammern gekennzeichnet und sind dem Text nachgestellt. Die hochgestellten Ziffern weisen auf Anmerkungen der Übersetzerin hin.

„nach der Befreiung“ ab 1945 und die japanische „Nachkriegsgeschichte“³ im selben Zusammenhang zu behandeln. Doch möchte ich in diesem Essay versuchen, die durch die „Schulbuchaffäre“ deutlich gewordene Struktur der Beziehungen zwischen Japan und den beiden koreanischen Staaten sowie die darin auftretenden Probleme Japans, Süd- und Nordkoreas vornehmlich unter den Aspekten Erziehungswesen, Geisteshaltung und Politik zu erörtern. Mit der relativ ausführlichen Behandlung Südkoreas, das mir reichlich Material bot, möchte ich seine Probleme analysieren und dadurch wiederum gleichzeitig Licht auf die japanischen Probleme werfen. Ich denke nämlich, daß die moderne und gegenwärtige Geschichte Japans und Koreas sich gegenseitig bestimmen und deshalb die Untersuchung der Probleme Südkoreas mit der japanischer Probleme verknüpft ist.

I. Verlauf des Konflikts und ideologischer Hintergrund der Schulbuchprüfung

Die „Schulbuchkontroverse“ im Sommer 1982 begann mit der Kritik japanischer Zeitungen – allen voran die Tageszeitung *Asahi shinbun* am 26. Juni – an der „Verschärfung des Zulassungsverfahrens“ für die ab 1983 im Unterricht einzusetzenden gesellschaftswissenschaftlichen Lehrbücher für die japanischen Oberschulen (Japanische Geschichte, Weltgeschichte, Politik und Wirtschaft). Die Nachrichtenagenturen der Volksrepublik China und Südkorea, Neues China und Yŏn-hap, griffen dies sofort auf und zitierten die japanischen Zeitungen aus Tōkyō.

Auch im japanischen Parlament regte sich die oppositionelle Sozialistische Partei, indem sie u.a. die Offenlegung des Prüfungsverfahrens forderte. Am 30. Juni brachte die Pekingener *Ren-min-ri-bao* eine Reportage über das japanische Zulassungsverfahren für Schulbücher. Prompt kritisierte auch die Tageszeitung der in Japan lebenden Südkoreaner *Tōitsu Nippō* in ihrem Leitartikel insbesondere die Geschichtsklitterung in der Darstellung der japanischen Kolonialherrschaft über Korea: „Wozu dient die Verharmlosung historischer Vergehen?“ „Unzeitgemäße Erziehung?!“. Im Laufe des Juli äußerten sich dann nacheinander südkoreanische Tageszeitungen wie *Hanguk Ilbo*, *Dong-a Ilbo*, *Chosun Ilbo* und *Seoul Sinmun* in ihren Korrespondentenberichten und Leitartikeln kritisch zu diesem Thema. Nachdem die japanische Nachrichtenagentur Kyōdō am 21. Juli zum ersten Mal aus

3 Wie hierzulande auch wird in Japan die Geschichte seit 1945 „Nachkriegsgeschichte“ genannt. In den beiden koreanischen Staaten bezeichnet man diese Zeit jedoch als „Geschichte nach der Befreiung“ (von japanischer Herrschaft). Schon in diesen Begriffen wird der unterschiedliche Blickwinkel der beiden Nationen deutlich.

Seoul über die südkoreanische Kritik berichtet hatte, brachte auch die japanische Presse Meldungen über die Angriffe auf die japanischen Schulbücher aus Südkorea und China.

Japanische Kabinettsmitglieder hatten kaum mit Äußerungen wie „Die Annexion Koreas kann nicht als Aggression bezeichnet werden“ oder „Die Kritik Südkoreas stellt eine Einmischung in innerjapanische Angelegenheiten dar“ zurückgeschlagen, da protestierten die südkoreanischen Zeitungen mit Aufmachern oder Schlagzeilen auf der Titelseite: „Unverschämte Äußerungen japanischer Minister!“, und auch Nordkorea kritisierte Japan in der Tageszeitung *Rodong Sinmun*. Die südkoreanische Regierung, die angesichts der damals schwebenden Verhandlungen über die Gewährung japanischer Wirtschaftshilfe an Südkorea eine vorsichtige Politik verfolgt hatte, begann in dieser Lage, neben der Einberufung einer Sondersitzung der zuständigen Minister, auf diplomatischem Wege die Korrektur der Schulbücher zu fordern. Infolge des offiziellen Protestes des chinesischen Außenministeriums an die japanische Regierung vom 26. Juli und der formellen Forderung nach Korrektur der Schulbücher durch die südkoreanische Regierung am 3. August wuchs sich die „Schulbuchaffäre“ zu einer außenpolitischen Krise aus. Nach längerem Hin und Her zwischen den Regierungen wurde Ende August eine einstweilige diplomatische „Lösung“ gefunden, während zur gleichen Zeit die Öffentlichkeit in Südkorea und China tobte. Auch in Japan beherrschte unterdessen der „Schulbuchstreit“ die Presse, und bis ungefähr Ende Oktober wurden Pro- und Contra-Argumente entwickelt, wobei die Kritik an der japanischen Regierung überwog.

Das zu dieser Zeit Bemerkenswerteste an der „Schulbuchaffäre“ war, daß die Haltung Chinas und Südkoreas und die japanische Reaktion darauf völlig aneinander vorbeigingen: Die japanische Regierung wurde von Anfang bis Ende von den Ereignissen überrollt und ließ einen Mangel an Einsicht und festen Grundsätzen erkennen. Vor allem, weil das Außenministerium allein um den Einfluß dieser Affäre auf schwebende diplomatische Fragen besorgt war, das Kultusministerium dagegen konsequent an seiner engstirnigen und kompromißlosen Verteidigung des Zulassungsverfahrens festhielt, während das Kabinett und die LDP-Führung nicht von ihrer absurden Haltung abgingen, die Kritik als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zu bezeichnen und „Schluß mit dem Druck von außen!“ zu fordern. Ferner darf man es getrost als von dem mit Kriechertum gekoppelten japanischen Großmachtbewußtsein herrührende „Diskriminierung“ (*Chosun*, 30. Juli) bezeichnen, daß die japanische Regierung, während sie nach dem Protest der chinesischen Regierung sofort offiziell die Absicht zeigte, sich bei China zu entschuldigen, der südkoreanischen Regierung gegenüber anfänglich nicht einmal eine Erklärung abgegeben hat. Kritik an der Dar-

stellung des japanisch-koreanischen Verhältnisses in japanischen Geschichtsbüchern wurde in der Tat schon seit den 60er Jahren oft von in Japan lebenden koreanischen Wissenschaftlern geübt. Auch die südkoreanische Regierung forderte nach der „Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen Südkorea und Japan“ im Jahre 1965 konkret eine Korrektur dieser Darstellungen in den japanischen Geschichtsbüchern. Die in der „Schulbuchkontroverse“ von 1982 laut gewordene Kritik war in Wirklichkeit schon vor diesem Zeitpunkt weitreichend diskutiert worden. Auch wurde bei der Schulbuchprüfung des Jahres 1982 nicht zum ersten Mal „Invasion“ (*shinryaku*) in „Vormarsch“ (*shinshutsu*) umgewandelt: schon vorher war eine solche Darstellungsweise erzwungen worden.

Die „Schulbuchkontroverse“ neigte sich schließlich ihrem „Ende“ zu, als am 26. August 1982 die „Stellungnahme der japanischen Regierung“ herausgegeben wurde, in der sich Japan bereit erklärte, den Revisionsforderungen Chinas und Südkoreas nachzukommen, und die Annahme dieser Stellungnahme von den Regierungen Chinas sowie Südkoreas bekanntgeben wurde. Doch wurde hierbei der Kern des Problems, der eigentliche Gegenstand der Kritik am japanischen Zulassungsverfahren für Schulbücher, geschickt umgangen. Außerdem wurde der Protest Nordkoreas mit keinem Wort berührt, ebensowenig die unkorrekten Darstellungen des Ainu-Problems und des Massakers an Zivilisten auf Okinawa durch die japanische Armee. In der LDP schwelte nämlich in Wirklichkeit Kritik an der „Stellungnahme der Regierung“ zur Korrektur der geschichtlichen Darstellung in den Schulbüchern („Wir haben uns ausländischem Druck gebeugt!“). Die Leitung des Kultusministeriums ließ außerdem verlauten: „Das Zulassungsverfahren für Schulbücher ist korrekt!“ Letztendlich fiel kein Wort der aufrichtigen Selbstkritik und des Verantwortungsbewußtseins (*Asahi*, 28. August, ‚Tensei-jingo‘⁴).

Das Schulbuch spielte seit der Meiji-Zeit eine entscheidende Rolle für die Prägung der japanischen Nation. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, die Japaner wurden von ihren Schulbüchern erzogen. Ganz zu schweigen davon, daß der hier erkennbare „Schulbuchglaube“ von der Obrigkeit mittels des öffentlichen Erziehungssystems zur Lenkung des Volkes benutzt wurde. Folglich entwickelte sich das Schulbuch, eigentlich nur eines unter diversen Mitteln für die Bildung der Menschen, durch seinen fortgesetzten Einsatz als Grundpfeiler der Volkserziehung zu einem Instrument, das den chronischen Malaisen der japanischen Gesellschaft, ihrem Ethnozentrismus, dem Gruppismus, ihrer Homogenität, Uniformität und Verslossenheit immer wieder neuen Auftrieb gab. Insbesondere die japanischen Geschichtsbücher

4 ‚Tensei jingo‘ nennt sich eine tägliche Rubrik kommentarischen Charakters auf der Titelseite der *Asahi shinbun*.

wuchsen in eine Rolle hinein, die weit von einer für das Erlernen von Geschichte wichtigen Funktion entfernt war – der Funktion, die Aneignung eines nationalen und individuellen Vergangenheits- und Verantwortungsbewußtseins herbeizuführen. Gerade, wo doch die japanische Erziehung gemeinhin als einseitig auf Wissensvermittlung ausgerichtet gilt, waren die Geschichtsbücher oft fragmentarisch und unsystematisch, und so eben dieser Wissensvermittlung hinderlich.

Dagegen hatte das Schulbuch im modernen Erziehungssystem, das nach der Kriegsniederlage neu geschaffen worden war, zumindest zu Anfang eine andere Bedeutung als heute. Hidaka Rokurô⁵ schreibt, er habe im Auftrag von Katsuta Shûichi (kurz nach dem Krieg wichtigster Mann für sozialwissenschaftliche Erziehung im Kultusministerium) für das Ministerium ausnahmsweise ein staatliches Lehrbuch verfaßt und dabei weder von amerikanischer Seite noch aus dem Kultusministerium irgendeine Einmischung erfahren. Und das, obwohl Japan damals unter absoluter Kontrolle der amerikanischen Besatzungsmacht gestanden habe^[2]. In diesem Lehrbuch sei besonders die Würde des Menschen und die Achtung vor dem Individuum betont und stark für die Demokratie Stellung bezogen worden. Daß diese Erziehungspolitik dann im Laufe der Zeit von den Machthabern entstellt und degeneriert worden sei, läge am System der Schulbuchprüfung und seiner geschichtlichen Entwicklung.

Betrachtet man nun diese Entwicklung seit Gründung der „Schulbuchkommission“ (*Kyôkayô-toshô iinkai*) im Jahre 1948, dem Ausgangspunkt des japanischen Nachkriegs-Schulbuchsystems, so konnten bis 1955 der japanischen Lehrgewerkschaft (*Nikkyôso*) angehörende oder ihr nahestehende Wissenschaftler und Intellektuelle verschiedene „demokratische“ Schulbücher verfassen und veröffentlichen. Aber nach der Veröffentlichung des Pamphlets „Der beklagenswerte Zustand unserer Schulbücher“ (*Ureubeki kyôkasho no mondai*), hervorgegangen aus dem Vorwurf im Unterausschuß für Verwaltungsinspektion im Juli 1955, die Schulbücher seien einseitig, schuf man das „Büro für Schulbuchprüfung“.⁶

Unter gleichzeitigen Angriffen des Kultusministeriums auf Lehrgewerkschaft und progressive Wissenschaftler und Intellektuelle wurden deren gesellschaftswissenschaftliche Schulbücher, besonders die Geschichtsbücher, samt und sonders als für den Schulgebrauch ungeeignet erklärt. Im

5 Hidaka Rokurô (* 1917) ist Professor für Soziologie und einer der führenden progressiven Publizisten in Japan; vgl. *KAGAMI*.1985:1.

6 Jap. Bezeichnung: „*Kyôkasho chôsakan*“. Das Büro für Schulbuchprüfung wurde 1956 als zusätzliches ständiges Expertengremium zur Schulbuchprüfung, bestehend aus 41 vom Kultusminister berufenen Ministerialbeamten, parallel zum Schulbuchprüfungsrat (*Kyôkayô tosho kentei chōsa shingikai*) geschaffen, was den Einfluß des Kultusministeriums auf Handhabung und Ausrichtung des Zulassungsverfahrens verstärkte.

Juni 1965 strengte dann der Historiker Ienaga Saburô⁷, der sich gegen eine derartige Haltung des Kultusministeriums zur Wehr gesetzt hatte, den Schulbuchprozeß an. So wurde das Problem der Schulbuchzulassung als ein Streitpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Kultusministerium und Lehrgewerkschaft um das Erziehungswesen der Nachkriegszeit in den Vordergrund gerückt. Eine Untersuchung der japanischen Gewerkschaft Druck und Papier (*Nihon shuppan rôren*) schildert den Wandel der Realitäten im Zulassungsverfahren für gesellschaftswissenschaftliche Schulbücher der Grund-, Mittel- und Oberschulen anhand der „Kriegsdarstellung“ in diesen Lehrmaterialien so:

1. Nach 1955 nimmt die Verschärfung der Zulassungsbestimmungen zu. Bis zur 1968er Ausgabe ist die Bezeichnung „Japans Invasion“ (*Nihon no shinryaku*) fast ganz verschwunden.
2. Der Begriff wurde 1974 in Anbetracht der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China hier und da vorübergehend wieder eingesetzt.
3. Seit 1980 zeichnet sich im Zulassungsverfahren eine qualitative Wende ab, die man als Beginn einer zweiten Verschärfung der Kontrolle bezeichnen kann.

Demzufolge wird in dieser Untersuchung die Schulbuchprüfung als immer dem aktuellen politischen Klima unterworfen analysiert (*Asahi*, 14. August, Morgenausgabe).

Selbstverständlich ist das Schulbuchwesen in jedem Staat unterschiedlich und spiegelt dessen jeweilige Lage wider. Unabhängig davon, ob das Land zum liberalen oder zum sozialistischen Lager zählt, werden verhältnismäßig oft staatlich bzw. bundesstaatlich einheitliche Lehrbücher vorgeschrieben. Aber auch in Systemen freier Autorenschaft und freier Buchauswahl müssen immer bestimmte Richtlinien erfüllt sein. Daß sich trotzdem gerade die „Schulbuchaffäre“ von 1982 so stark auswirkte, kann man auf zwei Dinge zurückführen: erstens auf die Fortsetzung des hartnäckigen Widerstandes aus dem Kultusministerium mit der Begründung, „Wenn wir einer Korrektur der Darstellung nachkommen, rütteln wir an den Grundfesten unseres Zulassungssystems für Schulbücher.“ (*Mainichi*, 27. August, Mor-

7 Ienaga Saburô (* 1913): bekannter jap. Historiker; Kläger im 1., 2. und 3. Schulbuchprozeß (1965, 1967, 1984) gegen den jap. Staat, vertreten durch den Kultusminister. Zum Fall Ienaga s. Gesine Foljanty-Jost: *Schulbuchgestaltung als Systemstabilisierung in Japan*. Bochum: Studienverlag Dr. N. Brockmeyer 1979, insb. S.39ff. – Einer Mitteilung der japanischen Presse zufolge wurde im März 1986 vom Oberlandesgericht Tôkyô das Zulassungsverfahren für Schulbücher bestätigt und Professor Ienagas Schadenersatzforderungen zurückgewiesen.

genausgabe) und zweitens auf die argwöhnische Aufmerksamkeit gegenüber der Entwicklung des Inselreichs zur Wirtschafts- bzw. militärischen Großmacht, mit der die asiatischen Länder Japan betrachten – Japan, dessen in der Weltgeschichte beispiellose wirtschaftliche Entwicklung sich auf dem Rücken Asiens vollzogen hat (*Nihon keizai shinbun*, 27. September, Morgenausgabe). Das verbindende Element ist die Liberal-Demokratische Partei Japans (LDP), Stütze konservativer Politik und des Wirtschaftswachstums in Japan nach dem Kriege – insbesondere jene LDP-Abgeordneten, die in enger Beziehung zum Kultusministerium stehen, das heißt die „Erziehungslobby“ (*bunkyôzoku*) der LDP.

Tatsächlich ließ sich ab und zu hinter den Kulissen der sich zu einer ernstesten außenpolitischen Krise auswachsenden „Schulbuchaffäre“, die Erziehungslobby der LDP ausmachen, die sich eng mit dem Kultusministerium verbunden fühlt und großen Einfluß auf dessen Politik und Verwaltung gewonnen hat. Diese Lobby ist ursprünglich aus den auf Ruhe und Ordnung pochenden Ex-Beamten des alten Innenministeriums⁸ entstanden und verfolgt mit Hilfe des Schulbuchzulassungssystems eine entschlossene Bildungspolitik des reaktionär gefärbten Nationalismus, der Teilnahmebeschränkungen an politischen Aktivitäten für Lehrer, der Führung von Kontrolllisten über Leistung und Führung von Lehrpersonal⁹ und ähnlichem. Als Ideale betont sie unter anderem „Volksstolz“, „die Pflege der Vaterlandsliebe“, „Festigung der Volksmoral“ und „die Achtung der Tradition“. Der Verdacht liegt nahe, daß sie mit der wahren Absicht einer „Neueinschätzung der Nachkriegszeit“ eine Rehabilitation des „Vorkriegssystems“ anstrebt, die japanische Nachkriegsdemokratie aber ablehnt. Diese Lobby hegt nicht nur eine tiefverwurzelte Gegnerschaft zur Lehrgewerkschaft, sondern hat auch starke Ambitionen in Richtung Verfassungsänderung und Aufrüstung (*Asahi*, 22. August, Morgenausgabe). Außerdem ist diese Erziehungslobby eine äußerst raffinierte Politikergruppe, die enge Beziehungen zu Südkorea, das den Antikommunismus zur „Staatsdoktrin“ erklärt, unterhält. So antworteten zum Beispiel ihre Vertreter auf die Fragen eines Journalisten der südkoreanischen Tageszeitung *Dong-a Ilbo*, die „verharm-

8 Das Innenministerium (*Naimusho*), von 1873 bis 1947 die entscheidende Schaltstelle im zentralistischen Staatsapparat des japanischen Kaiserreichs; nach dem Krieg abgeschafft, da sein Einfluß und seine Macht – nicht zuletzt die der ihm ebenfalls unterstellten Polizei – zu allumfassend waren. Im Sinne einer Demokratisierung und Dezentralisierung der Staatsmacht sind heute die Aufgaben der Politik des Inneren auf verschiedene Ministerien verteilt.

9 Jap. Bezeichnung: „*Kinmu hyôtei*“; eine Art Tätigkeitsbewertungssystem, 1956 eingeführt, nach dem der Lehrer nicht nur nach seiner formalen Qualifikation, sondern auch nach seiner Weltanschauung und seinem Charakter geprüft werden soll.

losenden Bezeichnungen“ entstammten eher der „Konzeption des Kultusministeriums“, die LDP fordere lediglich die „Korrektur der Linkslastigkeit“ und beabsichtige keine Beschönigung der Vergangenheit und des japanischen Militarismus. Ferner hielten sie eisern daran fest, daß „das Genehmigungsverfahren für Schulbücher ein Bollwerk gegen das Eindringen des Kommunismus“ sei (*Dong-a*, 6. August).

Wie auch immer, im Brennpunkt des „Schulbuchkonfliktes“ standen zwar Begriffe wie „Invasion“ oder „Vormarsch“, aber seine eigentliche Problematik betraf die Ideale von Bildungswesen und „Frieden & Demokratie“ im Japan der Nachkriegszeit. Das kann man auch sehr gut der rückblickenden Aussage eines Journalisten entnehmen, der dem Rechercherteam für die 114-Folgen-Serie „Dem Bildungssystem auf der Spur – Das Genehmigungsverfahren für Schulbücher“ (*Kyôiku wo ou – kyôkasho-kentei*) der Tageszeitung *Mainichi* angehörte: Seinem bei der Recherche gewonnenen Eindruck nach, liegt das Problem in der verfassungsfeindlichen Gesinnung der für die Zulassung gesellschaftswissenschaftlicher Schulbücher zuständigen Prüfer. Er habe an der Haltung dieser Leute, die offen für eine Verfassungsänderung¹⁰ einträten, nicht die mindeste Achtung vor der japanischen Verfassung und dem Erziehungsrahmengesetz¹¹ feststellen können (*Mainichi*, 4. August, Morgenausgabe).

Überflüssig zu erwähnen, daß die ideologische Einstellung, die sich im Schulbuchgenehmigungsverfahren zeigt, eben jenes allgemeine Geschichtsbewußtsein ist, das über die einzelnen Prüfer hinaus auch die Regierung, die LDP und die Finanzwelt beherrscht. Eine solche ideologische Richtung, die den Autoren durch dieses Zulassungsverfahren aufgezwungen wird, analysiert Kuroda Toshio aus der Sicht eines Schulbuchautors für Japanische Geschichte als ein Geschichtsbild der Tennô-Verehrung, der Volksmißachtung und der Ruhe & Ordnung. Yoshida Gorô wiederum meint vom Standpunkt eines Schulbuchautors für Weltgeschichte aus: Während durch das Genehmigungsverfahren für Schulbücher einerseits Weltgeschichte und Japanische Geschichte auseinandergerissen würden, Japanische Geschichte zur Hauptsache gemacht, Weltgeschichte hintangestellt

10 Hier ist vor allem die Änderung von Artikel 9 der jap. Verfassung gemeint, der vorschreibt, daß Japan keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder andere Kriegsmittel unterhalten darf. Aufgrund dieses Artikels ist es auch noch umstritten, ob die Unterhaltung der sog. „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (jap. „*Jieitai*“) durch Japan überhaupt verfassungskonform ist. Siehe dazu Reinhard Neumann: *Änderung und Wandlung der Japanischen Verfassung*. Köln: Carl Heymanns Verlag 1982. (= Japanisches Recht. 12.), S. 71ff.

11 Jap.: „*Kyôiku kihonhō*“; das Erziehungsrahmengesetz wurde 1947 unter amerikanischer Besatzung verabschiedet und bestimmt die Grundlinien einer demokratischen Erziehung zum Frieden.

und so die japanische Verantwortung für Aggression und Krieg in der Vergangenheit verwischt würde, orientiere man sich andererseits ganz offen an Eurozentrismus (bzw. Euro-Amerika-Zentrismus) und Großmachtsglauben (d. h. dem Glauben an die Großmächte der Moderne) sowie am Orientalismus (Geistesströmung, die die östliche Welt als minderwertig und abhängig betrachtet). Ein solches Geschichtsbild werde zwar von der Idee getragen, den Tennôismus zu verteidigen und wiederaufleben zu lassen, aber eine wesentliche Grundlage dafür bildeten aus der Vorkriegszeit tradierte Mentalität und Gesinnung der breiten Masse.[3] Eingebunden in ein solches Zulassungsverfahren entwickelten sich die Geschichtsbücher aufgrund ihrer Loslösung von den Ergebnissen der Geschichtsforschung zu einer in den Mantel der „Objektivität“ gehüllten, aller „Logik“ entledigten *Farce* (Kuroda Toshio, *Asahi*, 2. September, Abendausgabe). Dies führte, zusammen mit einer Förderung der Schulbuchvereinheitlichung und der oligopolistischen Konzentration ihrer Fertigung sowie den einheitlichen Aufnahmeprüfungen zu den staatlichen Hochschulen nach Multiple-Choice-Verfahren, zu einer Aushöhlung der japanischen Geschichtserziehung und zu einer „Entfremdung“ der japanischen Jugendlichen und Studenten von der Geschichte.

II. Protest aus Süd- und Nordkorea

Am empfindlichsten reagierte Südkorea auf die „Schulbuchaffäre“, und seine Berichterstattung trug ganz die Züge einer anti-japanischen Kampagne. Von Ende Juni an, als der Konflikt aufkam, bis zu seiner einstweiligen Lösung Anfang September brachten die südkoreanischen Zeitungen Tag für Tag diesbezügliche Artikel, von denen über die Hälfte in die Rubrik Aufmacher bzw. Schlagzeilen auf der Titelseite fielen. Ebenso behandelten Leitartikel oder Kommentare ungefähr im Turnus von zwei Tagen dieses Thema. Außerdem erschienen so gut wie täglich ‚Japan Extra‘-Serien in der Presse und Kritik an Japan beherrschte auch in den ersten Wochen dieser Phase die Komik- und Karikatur-Rubriken. Überall in Südkorea schossen Protestversammlungen aus dem Boden, die Seniorenvereine, die aus Zeitzeugen des japanischen Imperialismus bestanden, und zusammen mit den Nachkommen von Mitgliedern der koreanischen Unabhängigkeitsbewegung veranstalteten; in Großstädten wie Seoul wurden die Japaner von Taxifahrern und Gaststättenbetreibern boykottiert; sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und Japan begann man öffentlich zu diskutieren.

Die südkoreanischen Intellektuellen mahnten zur Vorsicht vor einem Rechtsruck und einem Wiederaufleben des imperialistischen Geschichtsbildes und des Militarismus in Japan. Sie gaben ihrer Befürchtung Ausdruck, die japanische Nachwuchsgeneration könne die Aggressionsgeschichte ihres Landes vergessen und erneut eine militärische Großmacht errichten.

Kang Mang-gil, Historiker für koreanische Geschichte, formulierte sein Bewußtsein einer nationalen Krise so: „Sollte der Trend zur Verharmlosung und Rationalisierung des Expansionismus in der Geschichtserziehung mit der Absicht der LDP-Regierung einhergehen, aufzurüsten und die Verfassung zu ändern, und sollte zu erwarten sein, daß das Ziel dieser Wende in der Geschichtserziehung darin besteht, noch einmal ein kriegerisches Volk zu produzieren, dann stehen wir, so möchte ich mit Nachdruck feststellen, vor einem Problem, das wir nicht ernst genug nehmen können und gegen das Vorkehrungen zu treffen sind, hinter denen der Nord-Süd-Konflikt in Korea zurücktreten muß.“ (*Joong-ang*, 23. Juli). Ein Korrespondent der Tageszeitung *Yomiuri shinbun* telegrafierte aus Seoul, der eigentliche Charakter dieser rigorosen öffentlichen Meinung in Südkorea sei nicht „anti-japanisch“, sondern genauer betrachtet, eine deutliche und konkrete „Kritik am modernen Japan“, deren Substanz im „Mißtrauen gegenüber einem Japan, das die Expansionspolitik und Kolonialherrschaft in seiner Vergangenheit legitimiert“, zu finden sei (*Yomiuri*, 15. August, Morgenausgabe). Tatsächlich erinnerte das Aufbegehren der koreanischen Öffentlichkeit in ihrer Verbitterung über die japanische Invasion und die dadurch verursachte Teilung des Vaterlandes, an eine „Zweite Unabhängigkeitsbewegung“,¹² die die Kritik an Japan auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dies demonstriert, daß die „Schulbuchaffäre“ kein einfacher „Zwischenfall“ war, sondern als direkt mit der nationalen Tragödie verbundenes Problem empfunden wurde.

Um der weiteren Eskalation einer solchen öffentlichen Meinung vorzubeugen, nahm die südkoreanische Regierung anfangs eine „vorsichtige“ Haltung ein: „Diese Angelegenheit darf nicht emotional behandelt werden!“ Die Tatsache, daß die südkoreanische Presse Vorreiter war und Regierung und Regierungspartei nachzogen (*Chosun*, 29. Juli), war ein beachtenswertes Phänomen im Verlauf der sich zuspitzenden Krise. Man kann daran das Krisenbewußtsein der südkoreanischen Regierung erkennen, die begriffen hatte, daß die Kritik an Japan in der Öffentlichkeit auch „regierungsfeindliche“ Züge trug. Als dann die Regierung die Vorzeichen dafür erkannte, daß dieser Bewußtseinswandel weiter fortschritt, ging sie dazu über, die Massenmedien zur Aufwertung ihres eigenen Images zu benutzen. Ein klares Beispiel dafür ist, daß der Kultusminister der Militärregierung unverschämt genug war, zu äußern, Japan ließe den Humanismus vermissen, der in den westlichen Industrieländern zu beobachten sei und habe

12 Die „erste“ (die eigentliche) große koreanische Unabhängigkeitsbewegung war die sogenannte „Bewegung des 1. März“ (auch „Samil-Bewegung“ genannt; nach korean. ‚sam-il‘ = ‚drei-eins‘, d.h. der erste Tag des dritten Monats). Am ersten März 1919 begann ein weite Teile der koreanischen Bevölkerung erfassendes Aufbegehren gegen die japanische Kolonialherrschaft, das zwar nach kurzer Zeit blutig niedergeschlagen wurde, dessen Idee aber bis zum Ende der japanischen Herrschaft weiterlebte.

stattdessen nur Samurai-Geist und imperialistisches Gedankengut vorzuweisen; man könne deshalb auch sagen, der traditionellen Kultur Japans fehle es an moralischen Werten. Der Hintergrund dafür, daß die südkoreanische Regierung dann massiv auf das Problem der „Geschichtsfälschung“ einging, ist nicht allein im Druck auf Japan zur Verwirklichung des Projekts der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ zwischen Südkorea und Japan zu sehen, über das seit zwei Jahren verhandelt worden war und bei dem es um die Gewährung eines 4-Milliarden-Dollar-Kredites an Südkorea ging, sondern auch in der Abwehr einer innenpolitischen „Krise“, bedingt durch 1. die Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund der Exportstagnation und der binnenwirtschaftlichen Flaute, 2. den Keim eines Anti-Amerikanismus, symbolisiert durch den Brandanschlag auf das Amerikanische Kulturzentrum in Pusan (März 1982), sowie 3. der Vertuschung eines Skandals um die Veruntreuung einer beträchtlichen Geldsumme, in den die Familie Präsident Chuns verwickelt war. Obwohl sie sich gerade davor hüten wollten, von der Regierung aufgewiegelt zu werden^[4], wurden die Massenmedien also geschickt durch die Machthaber gelenkt, welche die Kampagne eifrig anheizten, um sich ihres anti-nationalen Images zu entledigen. Und tatsächlich: Die Massenmedien, die bis dahin entschieden ihre Kritik an Japan mit den Worten „Man kann mangelndes Geschichtsbewußtsein nicht gegen Wirtschaftshilfe aufwiegen!“ (*Chosun*, 29. Juli, Leitartikel) fortgesetzt hatten, wurden rasch zu der Parole „Korea muß Japan überwinden“ und zu der Kampagne für die „Errichtung einer Unabhängigkeits-Gedenkhalle“ gelockt. Und zwar war in der Pressemeinung eine subtile Änderung eingetreten, als nämlich die *Chosun Ilbo* vom 12. August und die Abendausgaben der anderen Zeitungen am 13. August weniger für „Anti-Japanismus“ als dafür plädierten, „Japan zu kennen, zu überwinden und zu besiegen“ und der Präsident zum „Tag der Befreiung“ am 15. August¹³ eine Rede mit dem Fazit „Die Ausbildung eines nationalen Potentials, mit dem wir Japan besiegen können“ gehalten hatte.

Betrachtet man den Verlauf der „Schulbuchaffäre“ von 1982, begreift man, daß ihre Ursache in der Geschichtsfälschung durch die mit Verfassungsänderung und Aufrüstung liebäugelnde herrschende Schicht in Japan lag, und außerdem, daß die südkoreanische Öffentlichkeit in ihrer Reaktion darauf zwar über den anfänglichen Vorwurf der entstellenden Geschichtsdarstellung schnell bei der Kritik am gegenwärtigen Japan anlangte, diese aber dann durch die mit Japan in heimlichem Einverständnis stehenden Machthaber in Südkorea in die ihnen genehme Richtung dirigiert wurde.

13 „Tag der Befreiung“ (korean.: „*Kwangbok-Chöl*“): südkoreanischer Nationalfeiertag zum Gedenken an die Befreiung von japanischer Kolonialherrschaft am 15. August 1945.

Man kann an dieser Stelle ruhig sagen, daß der gemeinsame Nenner der öffentlichen Meinung um die „Schulbuchfrage“ in Japan und Südkorea nur in dem Problem der „Geschichtsfälschung“ zu finden ist. Die Standpunkte von progressiven Kräften und Lehrgewerkschaft in Japan, die die Schulbuchkritik eröffnet hatten, auf der einen, und der streng an den „Antikommunismus“ gebundenen südkoreanischen Öffentlichkeit auf der anderen Seite, widersprachen sich prinzipiell. Aufgrund dessen brachte die Position der fortschrittlichen japanischen Opposition, jedenfalls was die südkoreanische Öffentlichkeit anbetrifft, ihre Kritik an Japan in beträchtliche Schwierigkeiten. Trotzdem wäre es zu oberflächlich, zu sagen, aus koreanischer Sicht sei das japanische Schulbuchproblem allein aus dem Gegensatz zwischen dem konservativen und dem progressiven Lager in Japan entstanden und somit lediglich ein ideologisch motivierter Streit um Erziehungsideale.^[5] Wichtiger ist es, die Bedeutung dessen zu überprüfen, was Yi Yöng-hüi, der sich aktiv am Kampf um die Demokratisierung Südkoreas beteiligte, später sagen mußte: „Da das japanische Schulbuchproblem in unserem Land nur unter dem Aspekt der ‚verharmlosenden Darstellung von Geschichte‘ behandelt wurde, fixierte man die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die ‚Alte Geschichte‘, oder bestenfalls wurde ihr Interesse auf die Kolonialzeit des japanischen Kaiserreichs beschränkt. [...] Weil sich die Regierung unseres Volkes nur im ‚Präteritum‘ mit der japanischen Schulbuchaffäre befaßt, reagierten auch die Fachleute lediglich mit der ständigen Wiederholung so weithergeholter Geschichten wie, ob die ‚Regierung Mimanas‘¹⁴ wirklich existiert habe oder nicht, oder daß ‚die Beziehungen zwischen dem Königreich Parhae¹⁵ und Japan‘ falsch dargestellt worden

14 „Mimana“: japanischer Name für eine angeblich jap. Kolonie im Süden der koreanischen Halbinsel. Nach Angaben jap. Historiker soll es in diesem Gebiet schon ab dem 4. Jh. n. Chr. japanische Siedlungen gegeben haben. Von ca. Mitte des 4. Jh. an bis 562, als Mimana von dem koreanischen Königreich Silla erobert wurde, soll es ein mächtiges jap. Protektorat mit einem jap. Statthalter gewesen sein. Diese lange Zeit gängige Geschichtsinterpretation wurde nach dem 2. Weltkrieg zunehmend von koreanischen Historikern – aber auch einigen japanischen – angezweifelt. Auf koreanischer Seite sieht man Mimana (korean. Bezeichnung: Karak, Kaya oder Imna) entweder als nicht existent an (vielmehr habe es koreanische Kolonien in Japan gegeben) oder man sagt, es sei eine Art Reststützpunkt des Volkes gewesen, das etwa im 4. Jh. n. Chr. vom Kontinent aus in Japan eingedrungen sei, die einheimische Bevölkerung assimiliert und die Führungsschicht des späteren Yamato-Staates, des ersten Zentralstaates auf den japanischen Inseln, gestellt habe – und somit der Ursprung des japanischen Kaisergeschlechtes sei – „Reitervolkthese“). Der Historikerstreit zwischen beiden Nationen ist stark emotional geprägt. Vgl. Chong-Sik Lee, *Japan and Korea*, Stanford/Cal. 1985, S. 151–164).

15 „Parhae“ (jap. Aussprache: Bokkai): ein aus Koreanern und tungusischen Völkern gebildetes Königreich, das im Norden der koreanischen Halbinsel von 699 bis 926 n. Chr.

seien.^{16]} Doch trotz dieser Situation darf man nicht übersehen, daß die Stellungnahmen der japanischen Lehrgewerkschaft in einer südkoreanischen Zeitung veröffentlicht wurden (*Dong-a*, 9. August), oder daß Kang Man-gil eine Meinung vertreten konnte, in der er die Oppositionskräfte in Japan positiv bewertete: „Wir dürfen nicht aufhören, daran zu glauben, daß die von der LDP-Regierung verfolgte Erziehungspolitik der Rationalisierung des Expansionismus durch diese friedliebenden Japaner verhindert wird.“ (*Joong-ang*, 23. Juli).

Wenden wir uns nun aber ganz konkret der „verfälschten Darstellung der Geschichte“ zu. In dem am 5. August vom Komitee für koreanische Geschichtsschreibung des südkoreanischen Kultusministeriums (*Han'guk-chōngbu-munkyobu kksa-p'yōnch'an-wiwōnhoe*) herausgegebenen Bericht über die Verfälschung historischer Fakten in japanischen Geschichtsbüchern wurden vom Altertum bis zur Moderne die betreffenden Stellen in 24 Punkten angeführt (insgesamt ca. 20.000 Schriftzeichen). Daraus geht ein so entstelltes Koreabild hervor, als habe Korea während seiner ganzen Geschichte niemals die Fähigkeit zu einer autonomen Entwicklung besessen (*Tōitsu*, 7. August). Selbst beschränkt auf ein paar Punkte aus der modernen Geschichte, war nach japanischen Schulbüchern die japanische Annexion Koreas ein „Vormarsch“; bei der „Bewegung des 1. März“, an der sich das ganze Volk einmütig beteiligt hatte, handelte es sich um „Unruhen“; die Zwangsdeportation von Koreanern zum Arbeits- und Kriegsdienst¹⁶ beruhte auf einem für damalige Inhaber der japanischen Staatsangehörigkeit „rechtmäßigen Verfahren“; die erzwungenen „Namensänderungen“¹⁷ waren juristisch gesehen „freiwillige Anträge“; die Pflicht, die japanische Sprache zu benutzen,¹⁸ war die „gemeinsame Verwendung von koreanischer und japanischer Sprache“; der Zwang zum Besuch japanischer Shintō-Schreine¹⁹ war eine „Ermunterung“ zu shintōistischer Verehrung.

bestand, also etwa zur gleichen Zeit wie das Vereinigte Königreich Silla in Korea (668–935).

16 Von 1939 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden etwa zwei Millionen Koreaner und Koreanerinnen zum Arbeits- und ca. 200000 zum Kriegsdienst für Japan zwangsverpflichtet und deportiert.

17 Ab 1939 wurden die Koreaner per Anordnung des jap. Generalgouverneurs in Korea gezwungen, ihre Familiennamen in japanisch lautende Namen umzuändern.

18 Ab 1938 war die Unterrichtssprache in allen Schulen Koreas ausschließlich Japanisch. Im gleichen Jahr wurden auch die koreanischsprachigen Zeitungen endgültig verboten. Koreanische Wissenschaftler, die sich mit ihrer Muttersprache beschäftigten, galten als subversiv.

19 Ab 1936 wurden auch die erwachsenen Koreaner (zuvor war die shintōistische Verehrung nur in den ohnehin japanisch geführten Schulen und Universitäten forciert worden) gezwungen, etwa alle zwei Monate zum Massenbesuch der von den Japanern in Korea erbauten shintōistischen Schreine anzutreten.

Ein koreanischer Historiker meinte, dieser Geschichtsfälschung läge das *Seikanron*²⁰ zugrunde. Danach sehe man in Südkorea das Sprungbrett zur Ausweitung der eigenen Staatsmacht und betrachte seine Sicherung als für Japan unentbehrlich – eine modernisierte Fassung der Vorkriegsexpansion. (*Han Sang-il, Dong-a*, 16. Dezember). Am vehementesten betonten die südkoreanischen Historiker bei ihrer Kritik, daß der eigentliche Charakter der Fälschungen in den Geschichtsbüchern durch die japanische Regierung nicht in der Abänderung von Begriffen oder Fachausdrücken, sondern in einer „Umkehrung der Wertvorstellung“ liege: Die nach dem Krieg als negativ oder der falsch aufgefaßte Invasion Koreas durch den japanischen Militarismus werde nun als positiv und selbstverständlich hingestellt („Öffentliche Anhörung zur Geschichtsfälschung der Beziehungen zu Korea in japanischen Geschichtsbüchern“, veranstaltet vom Volkskongreß zur Anklage der japanischen Geschichtsfälschung und zur Forderung nach Korrektur, *Tôitsu*, 4. August). Dies zeige, so kritisierte man scharf, daß jenes koloniale Geschichtsbild in Japan auch heute noch nicht überwunden sei, das einst mit der edozeitlichen „Nationalen Schule“²¹ seinen Anfang genommen habe und unter anderem in der ehemaligen Kaiserlichen Universität Tôkyô als „Nationale Politik“ mit dem Ziel einer Invasion aufgestellt worden sei (*Sin-Tong'a*, Oktober 1982).

Doch wie bereits erwähnt, die öffentliche Meinung zur „Schulbuchaffäre“ in Südkorea war nicht einfach „antijapanisch“ sondern auch durch eine allgemeine Kritik am Japan der Gegenwart gekennzeichnet. Der damals inhaftierte Systemgegner und Politiker Kim Dae Jung beschrieb das so: „Unsere Einschätzung der Schulbuchaffäre wäre nicht vollkommen, bestünde sie lediglich darin, zu sagen, wenn wir es dabei belassen und das

20 „*Seikanron*“: die von einer Fraktion der frühen Meiji-Regierung vertretene Auffassung, Korea müsse von Japan zu dessen Wohl und Sicherung unterworfen werden. Diese Fraktion um Saigô Takamori konnte sich zwar nicht politisch durchsetzen und wurde später bei einer Rebellion (die sie 1873 initiiert hatte, nachdem sie aus der Regierung ausgetreten war) zerschlagen. Ihre These jedoch erlangte danach, allenfalls in etwas abgeschwächter Form, bei vielen anderen Meiji-Führern und weiten Teilen der japanischen Bevölkerung immer mehr an Bedeutung. Eine Zeit der schrittweisen Vergrößerung des japanischen Einflusses in Korea folgte. 1910 wurde Korea endgültig japanische Kolonie.

21 „Nationale Schule“ (jap.: „*Kokugaku*“): In der Edo-Zeit als Gegenbewegung zur „*Kangaku*“ („Chinesische Schule“) entstandene umfassende wissenschaftliche Schule, die sich ausgehend von philologisch-literarischen Studien zur alten jap. Literatur später allen Wissensgebieten zuwandte und dabei das ‚eigentümlich Japanische‘ betonte. So erklärte sie zum Beispiel (nach Hirata Atsutane) den Shintôismus zum „Weg der Wahrheit“, der im Mittelpunkt des Staatsdenkens zu stehen habe, und den Tennô zum allein berechtigten Herrscher an der Spitze des japanischen Staates.

Problem übersehen würden, werden wir befürchten müssen, daß das zukünftige Japan erneut als Eroberer auftreten könnte ... Japanische Unfähigkeit zur Selbstkritik und japanische Arroganz, zu beobachten in der Schulbuchaffäre, entfaltet sich vor unseren Augen. Es werden uns das Handelsbilanzdefizit, die Probleme unserer in Japan lebenden Landsleute, die Probleme mit den japanischen Touristen und die vielen Ungerechtigkeiten im Prozeß um Investitionen und Kredite aus Japan vor Augen geführt. Das ist eine Neuauflage des Imperialismus!“ (25. August)^[7].

Betrachten wir diese allgemeine Japan-Kritik nun anhand der Sonderserien über Japan in südkoreanischen Zeitungen. Die Hauptpunkte der elfteiligen Serie „Die Wahrheit über Japan“, die zwischen dem 6. und 20. August in der *Hanguk Ilbo* erschien, waren: (1) das wieder zum Leben erwachte „Bewußtsein, Japaner zu sein“, die Loyalität zum Tennô, der Schreinbesuch zur Verehrung „der Seelen verstorbener Kriegshelden“;²² (2) die Unterstützung reaktionärer Geisteshaltungen, der Debatte um Verfassungsänderung, des tennôistischen Geschichtsbildes und des rechten politischen Flügels; (3) die schlechten Verhältnisse der in Japan lebenden Landsleute, die böswillige Demütigung Südkoreas; (4) das manipulierte, falsche Koreabild und die Verachtung der in Japan lebenden Koreaner; (5) die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte, die die „kaiserliche Armee“ noch übertreffen – Hintergrund für die Schönfärberei ist ein Neo-Militarismus; (6) Verführung der jungen Generation zum Krieg durch alljährliche Vorführung von „Kriegsfilmen“;²³ (7) die Wahnvorstellung eines neuen Militarismus und die Bestrebungen zur Restauration des kaiserlichen Herrschaftsrechts; (8) die „diskriminierenden Bildungschancen“ der in Japan lebenden Landsleute und die absichtliche Streichung ihrer ethnischen Erziehung; (9) die „Offiziere der Selbstverteidigungsstreitkräfte“ aus der Nachkriegsgeneration; (10) ist die geplante wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea wirklich Wohltätigkeit? – Der Plan zur Durchsetzung der Vorstellung von einer vertikalen internationalen Arbeitsteilung, das Handelsbilanzdefizit von 23 Milliarden Dollar im Verhältnis zu Japan; (11) die

22 Gemeint ist der Besuch des Yasukuni-Schreins in Tôkyô, in dem Japans Gefallene der letzten Kriege verehrt werden. In der jap. Öffentlichkeit entbrennt jedesmal eine Diskussion, wenn der Schrein von hohen politischen Persönlichkeiten besucht wird, auch, da in Japan die Trennung von Religion und Staat in der Verfassung vorgeschrieben ist. Vgl. dazu Klaus Antoni: Yasukuni und der „Schlimme Tod“ des Kriegers, in *BJOAF*.1987, 161–192.

23 Gemeint ist wahrscheinlich die Häufung von Kriegsfilmen u. -darstellungen im jap. Fernsehen und anderen Medien jedes Jahr im August, dem Monat der Erinnerung an Kriegsende und Atombombenabwurf (obwohl diese Sendungen eher sentimental oder kriegskritisch sind und abschreckende Funktion haben).

Absicht, militärische Großmacht zu werden, die Pro-Südkorea-Lobby²⁴ und die konservativ-rechte Ausrichtung der japanischen Gesellschaft, die starke Betonung des Patriotismus. In ihrer zehnteiligen Serie „Weshalb ist das moderne Japan so?“ (zwischen dem 8. und 26. August) nannte die *Chosun Ilbo* folgende Hauptpunkte: (1) die Renaissance des „Ein Volk – eine Seele“-Gedankens, die ausgeprägte Gruppenmentalität; (2) das Koreabild der älteren Politiker, das Geschichtsbewußtsein der Pro-Südkorea-Lobby; (3) die wiederauflebende Verehrung der „Kriegshelden“, die Neueinschätzung von Tōjō Hideki,²⁵ der Tennō als japanische Staatsreligion; (4) die namhaften und namenlosen Gruppierungen des rechten Flügels, der konsequente Chauvinismus, die Erziehungslobby der LDP ist die Pro-Südkorea-Lobby; (5) die Bewußtseinsstruktur der Pro-Südkorea-Lobby; sie hat ihre wahre Identität gezeigt; (6) die Ablehnung des politischen Systems nach den „Vereinbarungen von Jalta und Potsdam“, die Beseitigung der „Abhängigkeit von den USA“, die Befürwortung eines großasiatischen Krieges; (7) Selbstkritik nur als diplomatische Rhetorik, eine Regierung, bestehend aus einer autonomen Gruppe, in der selbst der Regierungschef keine Entscheidungskraft besitzt; (8) die antijapanische Bewegung während der Kolonialzeit, die jedoch paradoxerweise von den Japanern zu eigenen Zwecken benutzt wurde – die leicht zu manipulierenden Koreaner; (9) die Sehnsucht nach der alten Ordnung, die Indoktrinierung der apathischen Nachkriegsgeneration mit „Yamato-Geist“;²⁶ (10) die Reaktion der LDP auf die „Schulbuchaffäre“ und die Notwendigkeit eines „Geistes, Japan zu überwinden“, wie ihn der Märtyrer An Chung Gun²⁷ besaß.

Bei der Betrachtung der Hauptpunkte dieser Sonderberichte wird auf den ersten Blick klar, wo für die koreanische Öffentlichkeit der Brennpunkt

24 Jap.: „*Shinkanha*“; die Pro-Südkorea-Lobby ist eine Gruppe aus Politikern innerhalb der LDP, die sich selbst als Südkorea-freundlich bezeichnen, stark antikommunistisch eingestellt sind und Südkoreas Bedeutung für Japans strategische Sicherheit und Wirtschaft schätzen.

25 Tōjō Hideki (1884–1948): jap. General und Politiker im Zweiten Weltkrieg; vom 18.10.1941 bis 22.7.1944 Premierminister; nach dem Krieg angeklagt als einer der Hauptkriegsverbrecher; am 23.12.1948 hingerichtet.

26 Jap.: „*Yamato-seishin*“ (auch „*Yamato-damashii*“ oder „*Nippon-seishin*“). Die „Japanische Seele“. Begriffe, die ihren Ausgangspunkt in der *Kokugaku*-Bewegung (siehe Anm.21) haben und in der Zeit des Ultrationalismus und Militarismus zu Schlagwörtern für alle Bestrebungen in diesem Sinne wurden.

27 An Chung Gun (1879–1910) gehörte einer frühen koreanischen Unabhängigkeitsbewegung an und verübte 1909 ein tödliches Attentat auf Itō Hirobumi, den damaligen jap. Generalresidenten in Korea. 1910 wurde er von den Japanern hingerichtet. Heute wird er nach wie vor in Korea als Märtyrer und Held des Widerstandes gegen die Japaner verehrt.

der Kritik am gegenwärtigen Japan liegt: nämlich darin, daß Japan, nachdem es sich sofort nach dem Krieg an den USA orientiert hatte, ohne seine „aggressive Gesinnung“ und den „Traum einer großasiatischen Wohlstandssphäre“²⁸ ganz abstreifen zu können (*Hanguk*, 5. August) nun mit voller Kraft voraus den Weg der Rechtslastigkeit, des Militarismus und des Kaisertums verfolgt, wobei der Tennô, die Selbstverteidigungsstreitkräfte und der rechte politische Flügel mobilisiert werden. Desweiteren, daß die Schönfärbereien in den Schulbüchern mit der Wahl von Kolonialismus und Ultrationalismus zur Erziehungspolitik gleichzusetzen sind (*Chosun*, 24. Juli), nämlich, daß sie den offenen Beginn eines neuen Expansionismus und Militarismus, bzw. den Beginn der Vorbereitungen für eine erneute Invasion (*Chosun*, 30. Juli) mit Hilfe des Propagierens von Kriegslust und nationalem Überlegenheitsgefühl (*Chosun*, 25. Juli) bedeuten. Bald darauf empörte sich die südkoreanische Öffentlichkeit vollends und sämtliche Zeitungen brachten ihre „Japan-“ bzw. „Japaner-Deutungen“: Man befürchtete ein offenes Wiederaufleben des japanischen Militarismus und verlangte nach Grunderkenntnis über Japan. Unzufriedenheit und Protest entzündete sich besonders an der Tatsache, daß Japan sein Täterbewußtsein verlor (*Asahi*, 9. August, Morgenausgabe) und in seinem Geschichtsunterricht den Schaden so gut wie aussparte, den es seinen Nachbarstaaten in der Vergangenheit zugefügt hat (*Mainichi*, 29. August, Morgenausgabe). Es folgten die Demaskierung der bisher verdeckt gehaltenen „zwei Gesichter“ der Pro-Südkorea-Lobby in der LDP, Proteste gegen die durch Japans „Bürokratie“ geschürte Verachtung Koreas (*Dong-a*, 27. Juli) und die damit eng zusammenhängende, herzlose Rassendiskriminierung gegenüber den Blutsverwandten, den in Japan lebenden Koreanern, sowie die Anklage gegen das System der japanischen Wirtschaft, die aufgrund der ihr eigenen Aggressivität und Exklusivität von einem „Japanischen Zeitalter träumt“ (*Dong-a*, 14. August). Für die, von den meisten Japanern so geschätzte, sogenannte „Nachkriegsdemokratie“, hatte man also, so kann man sagen, keinen Sinn.

Die erste Reaktion Nordkoreas auf die „Schulbuchaffäre“ war ein Leitartikel in der *Rodong Sinmun* (das Parteiorgan der Koreanischen Arbeiterpartei) am 25. Juli 1982. Danach tauchte das Thema bis Ende September in Form von Kommentaren in der oben genannten Zeitung und dem Regierungsorgan *Minju Chosôn*, in Diskussionen oder Essays von Historikern sowie in Kommunikés unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auf. Die nordkoreanische Kritik an Japan spiegelte das konsequente Prinzip dieses Staates wieder: Sie blieb nicht einfach bei dem Schulbuchkonflikt, sondern wurde aufgebaut zu einer öffentlichen Anklage gegen die Restauration

28 Jap.: „*Daitôa-kyôeiken*“, euphemistischer Begriff für den Aufbau eines großasiatischen Reiches unter japanischer Vorherrschaft.

eines japanischen Militarismus, gegen die Unterstützung der südkoreanischen Regierung durch Japan, gegen das Militärbündnis zwischen den USA, Japan und Südkorea usw. In dem Leitartikel der *Rodong Sinmun* vom 25. Juli unter dem Titel „Mit welchem Ziel fälscht man Geschichte?“ heißt es, die verfälschte Darstellung der Geschichte sei eine schwer zu ertragende, unverschämte Blasphemie gegen die Geschichte und eine List zur Verherrlichung der Invasion des japanischen Imperialismus gegen Korea. Die Revision der Geschichtsbücher und der Versuch, der jungen Generation eine manipulierte Geschichte zu lehren, habe für die Verantwortlichen der japanischen Regierung die Beschönigung und Vertuschung der Aggressionspolitik des japanischen Imperialismus sowie die Indoktrination der jungen Generation mit militärischem, aggressiven Gedankengut zum Ziel. Sie wollten dadurch die von ihnen vertretene aggressive „Idee von der japanisch-koreanischen Schicksalsgemeinschaft“ rationalisieren und so versuchen, geistige Vorarbeit zu leisten, um ihre böse Absicht, erneut in Korea einzufallen, und den alten Traum einer „großasiatischen Wohlstandssphäre“ in die Tat umzusetzen. Nach Abschluß der Normalisierungsverträge zwischen Südkorea und Japan 1965, in denen die südkoreanische Regierung zur einzig rechtmäßigen Vertretung der koreanischen Halbinsel erklärt wurde, ließ, wie allgemein bekannt, die nordkoreanische Innen- wie Außenpolitik merklich erstarren und sogar der alltägliche Austausch mit Japan kam zum Erliegen. Deshalb war auch die Reaktion Nordkoreas auf die „Schulbuchaffäre“ nur einseitig dogmatisch und polit-ideologisch, ohne Zusammenspiel mit den nordkoreanischen Korrespondenten in Japan. Ein großes öffentliches Interesse, das, wie in Südkorea, die Massenmedien anheizte, war daher auch kaum auszumachen. Die Kritik Nordkoreas an Japan hatte natürlich den Grad des Zorns und die Schärfe des Protestes mit der von südkoreanischer Seite gemein, so wie es nur den Menschen eigen sein kann, denen Leid zugefügt worden ist. Dies zeigte sich vor allem in der Kritik an der Existenz eines tennōistischen und kolonialen Geschichtsbildes, was auch als Hintergrund für die Schönfärberei in der Geschichtsdarstellung zu nennen ist. Gleichzeitig ließen die Reaktionen Südkoreas und Nordkoreas auf die „Schulbuchaffäre“ jedoch unversehens die Unterschiede zwischen den drei beteiligten Staaten deutlich werden: nicht nur in ihren Beziehungen untereinander, auch die Differenzen zwischen Regierung und Volk in diesen Ländern sowie desweiteren die Verflechtungen der drei Regierungen und der drei Völker. Unnötig zu erwähnen, daß man aus den Ereignissen um diese Affäre nicht nur die Unterschiede der politischen Systeme in Nord- und Südkorea herauslesen kann, sondern ebenso das Ergebnis japanischer Feindbild-Politik gegenüber Nordkorea sowie die Folgen eines internationalen, antikommunistischen Systems unter Führung der USA.

III. Die Reaktion der japanischen Regierung, die LDP und Japans Intellektuelle

Japans Grundrezept nach dem Krieg war Wirtschaftsaufschwung ohne militärische Stärke. Es wurde nicht nur von den Initiatoren, den konservativen Kräften, anerkannt, sondern auch weitgehend von den „progressiven“ Kräften im Lande wie Opposition und Gewerkschaften und überwand von daher das Schema „konservativ gegen progressiv“. Nun hatte die „Schulbuchaffäre“ zur Folge, daß die Charakteristika und Schwachstellen der gegenwärtigen konservativen Politik in Japan deutlich wurden. Das heißt, in ihrem Umgang mit diesem Problem wurden das fehlende Geschichtsbewußtsein der Regierung, der LDP und der Beamtenschaft des Kultusministeriums sowie die Grenzen und der Mißerfolg ihrer grundsatzlosen, okkasionellen Politik schlagartig bloßgelegt. „Ich warte auf das Urteil der Geschichtswissenschaftler kommender Generationen“, äußerte Premierminister Suzuki, immerhin verantwortlich für die Regierung eines Staates, zu der Kritik der asiatischen Länder an der Geschichtsfälschung. Daß er sich damit *Stirnrunzeln* zuzog (*Mainichi*, 24. August, Morgenausgabe) demonstriert klar und deutlich, wie wenig die konservative Regierung sich bewußt war, mit welchen Empfindungen die Völker Asiens Japans Lebensart und Status quo in der Nachkriegszeit beobachtet haben. Ignorant gegenüber der inländischen Kritik, trat sie erst dann hektisch auf den Plan, als das Ausland Protest eingelegt hatte. Dann goß sie noch Öl ins Feuer, indem sie nicht nur alles dem Außen- und Kultusministerium überließ, sondern auch die unbesonnenen, unverantwortlichen Äußerungen einiger Kabinettsmitglieder auf sich beruhen ließ, weshalb die „Schulbuchaffäre“ eskalierte. Dahinter verbirgt sich ein naives Einschätzungsvermögen, ein Mangel an Führungsstärke und auch ein, wie gesagt, mit Kriechertum gekoppeltes Großmachtbewußtsein, ausgedrückt in „der Schwerfälligkeit gegenüber dem Protest Südkoreas im Gegensatz zu einer ausgesprochenen Eilfertigkeit in Anbetracht der chinesischen Kritik“ (*Sankei*, 27. August, Morgenausgabe). Für Korea war der Konflikt um die „Schulbuchaffäre“ eng damit verbunden, daß die japanische Regierung während der 70er Jahre und auch vorher kein Konzept für eine eigenständige und umfassende Koreapolitik besaß. Und dies galt auch für die Sozialistische Partei Japans, die übrigen Oppositionsparteien und die progressiven Kräfte. Tatsächlich erregten sich die oppositionellen Parteien angesichts der „Schulbuchkontroverse“ schon aus organisatorischen und historischen Gründen nicht weiter (*Mainichi*, 9. August, Morgenausgabe), und, verstrickt in ihre „hausinternen Schwierigkeiten“, koordinierten sie ihre Vorgehensweise auch nicht (*Sankei*, 19. August, Morgenausgabe). Bei den Koreanern in Nord und Süd, in Japan und der übrigen Welt nährte

zudem eine solche japanische Politik seit der „Befreiung“ Koreas unbestreitbar den Verdacht, Japan befürchte die Verwirklichung einer koreanischen Wiedervereinigung.

Es war ein Merkmal der „Schulbuchkontroverse“, daß bei den Diskussionen um dieses Thema, an denen Konservative wie Progressive gleichermaßen beteiligt waren, kaum jemand auszumachen war, der die Reaktion der Regierung ohne wenn und aber verteidigt hätte. Während darüber geredet wurde, daß der Premierminister und die japanische Regierung wohl weniger ihre Aufmerksamkeit auf die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Südkorea, China und den asiatischen Ländern verwendeten, als darauf, wie sie die innerparteiliche Kritik und vor allem den Unmut der Erziehungslobby niederhalten konnten versuchte sie beflissen die Situation mit einer diplomatischen Lösung ohne innere Logik zu retten. Regierungsvertreter, Erziehungslobby und konservative Ideologen, die verlauten ließen, das bisherige Zulassungsverfahren für Schulbücher sei legitim, und es habe darin keine wie auch immer geartete Veränderung gegeben, nahmen nun die Suche nach einem „Schuldigen“ in Angriff, der die Schulbuchfrage zur außenpolitischen Krise gemacht und für die Verschlechterung der bis dahin guten und freundschaftlichen diplomatischen Beziehungen zu den beiden Ländern Südkorea und China gesorgt hatte, während sie gleichzeitig behaupteten, Südkorea und China die „wahren Beweggründe“ der japanischen Regierung nahebringen zu müssen. So wurden dann die Massenmedien, die Lehrgewerkschaft oder Abgeordnete der Opposition zum Übeltäter erklärt und teilweise mit den offen wieder hervorgeholten Beschuldigungen „Landes-“ oder „Hochverräter“ belegt. Hinter diesen Behauptungen steckte die weitgehend herrschende Einstellung – ab und zu nachzulesen in Zeitschriften des konservativen Lagers –, in der zwar die historische Tatsache der japanischen Aggression gegen Asien anerkannt und bezüglich der Kriegsschuld Japans Selbstkritik geübt wird, in der es aber für nicht notwendig erachtet wird, die Kinder auch noch extra über die Verbrechen des eigenen Landes aufzuklären^[9]. In diesen Zusammenhang gehört, daß aus den Reihen der Erziehungslobby umgekehrt Stimmen laut wurden, die eine Prüfung von Entwürfen für ein Schulbuchgesetz forderten: „Ein solches Problem konnte nur auftauchen, weil eine einheitliche gesetzliche Regelung für Schulbücher überfällig ist.“ (*Nikkei*, 6. September, Morgenausgabe).

Ein solches verschlossenes, nationalistisches Denken, angesiedelt auf dem Grund des sogenannten japanischen Konservativismus, drückte sich während der „Schulbuchaffäre“ in den Gegenargumenten „Einmischung in die inneren Angelegenheiten!“ und „Ausübung äußeren Drucks!“ aus. Die Tageszeitung *Sankei shinbun*, die unter den Massenmedien diese Argumente am stärksten propagierte, wurde zum Sprachrohr der konservativen

Ideologen, indem sie deren Abhandlungen veröffentlichte, zum Beispiel „Wer ist der lachende Dritte beim Schulbuchskandal?“ (4. August), „Mangel an Nationalbewußtsein im Streit um die Schulbücher“ (17. August), „Mehr Nationalstolz in der Schulbuchkontroverse!“ (23. August) und „Was bedeuten Verantwortung und Schuld in einem freiheitlichen Staat?“ (25. August). Die *Sankei shinbun* vertrat die Auffassung, so etwas wie das Schulbuchproblem falle unter die Souveränität eines Staates, und es sei selbstverständlich, daß eine Abänderung der Darstellung in den Schulbüchern nach den innenpolitischen Regeln Japans durchgeführt werden müsse (26. August, Morgenausgabe). Die Spitzen der *Sankei shinbun* waren in erster Linie gegen die Opposition und das progressive Lager gerichtet. Die in Umlauf befindlichen Texte bezeichnete sie als linkslastige Lehrbücher, welche von jenen unangenehmen Kräften im Staat verfaßt seien, die ihre nationale Identität verloren hätten. Sie propagierten in übertriebenem Maße die Fehler der japanischen Gesellschaft und hätten zum Ziel, Patriotismus und Nationalstolz der jungen Generation im Keim zu ersticken. Kurzum, es seien Schulbücher, die ihrer „Staatsangehörigkeit“ verlustig gegangen seien. Ferner griff die *Sankei shinbun* Südkorea und China an, indem sie es als Versuch eines internationalen Übergriffs auf die, im wahrsten Sinne des Wortes, Freiheit jedes einzelnen Japaners wertete, daß unter Ausnutzung der schwachen Konstitution Japans gegenüber äußerem Druck der diplomatische Weg bzw. der Einfluß der einzelnen Staaten benutzt werde, um von Japan eine Korrektur der Geschichtsdarstellung zu erzwingen.

Es versteht sich von selbst, daß derartige Behauptungen aus der Luft gegriffen waren. Geht man von den historischen Fakten aus, bedeuten „Einmischung in innere Angelegenheiten“ und „äußerer Druck“ eigentlich das Eingreifen in die Politik eines anderen Staates durch Zwang und Drohung, und nicht etwa das bloße Äußern von Kritik. Um so mehr, weil die von Japan ausgehende Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu Südkorea und China aufgrund der Anerkennung der eigenen Gewalttaten durch Japan erwirkt worden war, und dies setzt nach internationalem Recht natürlich die Annahme einer Forderung des Partnerlandes voraus, die sich gegen eine dem Sinn der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zuwiderlaufende Politik wendet und deren Korrektur verlangt.

Wie auch immer, die Denkweise der konservativen Ideologen in der „Schulbuchfrage“ äußerte sich in den Leserbriefspalten der Zeitungen in Gestalt der nachfolgenden öffentlichen Meinung. Gegen die Schulbuchautoren hieß es: „Seltsames Interesse am Masochismus“ und „Verfaßt keine Schulbücher mit einer derartigen selbstquälerischen Mentalität!“. Über Südkorea und China sagte man: „Erpressung, die einer Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten gleichkommt!“; an die Adresse der eigenen Regierung erklärte man: „Politische Lösungen mit zuviel Konzessionen!“.

Hierin konnte man die Gewissensstruktur der Japaner erkennen, die 37 Jahre nach dem Krieg immer noch nicht imstande waren, sich als ein Mitglied der asiatischen Welt zu begreifen. Unter dem Mantel der nach dem Kriege übergestülpten Demokratie konnte man die Existenz einer breiten Schicht erkennen, die aus Kriegs- und Nachkriegsgeschichte nichts gelernt hat. Diese Schicht unterstützt eine Politik, die die demokratische Verfassung untergräbt und spielt eine negative Rolle für die innere Struktur der japanischen Gesellschaft. Dies erinnert teilweise an das Bild des Japaners, der im Wirtschaftsaufschwung, wo er die dunklen Stellen seiner Vergangenheit – das, woran er nicht mehr rühren will – leicht verdrängen kann, zwar eine von der unverarbeiteten Vergangenheit herrührende Unruhe spürt, aber dadurch, daß er seiner jeweiligen beruflichen Aufgabe immer pflichtbewußt nachzugehen versucht, leicht seinen Stellenwert im gesellschaftlichen Ganzen aus den Augen verliert.

Gegenüber den konservativen Ideologen haben selbstredend die progressiven Ideologen während der „Schulbuchaffäre“ eine regierungskritische Meinung vertreten, die für eine Korrektur der Geschichtsdarstellung aus eigenem Antrieb plädierte. Aochi Shin, Kuratsuka Taira, Shimizu Tomohisa, Tsurumi Shunsuke, Nakano Yoshio, Harago Sanji, Hidaka Rokurô und Wada Haruki vertraten folgende Auffassung in ihrer Erklärung vom 14. August mit dem Titel „Es ist jetzt Zeit, unsere Vergangenheit als Kolonialherren in Korea zu bewältigen!“^[10]: „Die Frage ist, wie das japanische Volk und sein Staat ihre Kolonialherrschaft über Korea selbstkritisch verarbeiten und bewältigen, bzw., ob sie es überhaupt tun.“ (...) „Das japanische Volk und seine Regierung müssen begreifen, daß die Annexion Koreas ein aggressiver Akt Japans war, daß die japanische Verwaltung Koreas eine skrupellose imperialistische Herrschaft war, und wir müssen die Südkoreaner bzw. alle Koreaner tief um Verzeihung bitten. Dieser Inhalt muß als Regierungserklärung veröffentlicht werden und von jetzt an zu den Grundlagen von Diplomatie, Innenpolitik und Erziehungswesen in unserem Lande gehören. Demzufolge müssen die Entstellungen in den Schulbüchern korrigiert und die unangemessenen Darstellungen verbessert werden.“ Dies war die Stimme, die das japanische Gewissen repräsentierte. Sie wurzelte in der Solidaritätsbewegung zwischen dem japanischen und dem südkoreanischen Volk, die sich nach der Studentenrevolution vom 19. April 1960, die den Sturz Syngman Rhees herbeiführte, und dem Widerstandskampf gegen die japanisch-südkoreanischen Normalisierungsverträge 1965 – mit der Entführung Kim Dae Jungs aus Tôkyô im August 1973 als spektakulärem Anlaß – entfaltet hatte. Wie man sich leicht vorstellen kann, schwang dabei das Gefühl der Reue mit, so wie es Ienaga Saburô ausdrückte: „Eigentlich wollten wir die Verfälschung der Geschichte mit der Hand des Volkes korrigieren. Ich fühle mich machtlos.“ (*Asahi*, 28. August 1982, Tensei Jingo).

Die hier erkennbare Einstellung bzw. dieser Gedanke machte in Japan den Hauptteil der öffentlichen Meinung in der „Schulbuchaffäre“ aus.

Unter den vielen Meinungen, die in der Leserbriefrubrik der *Yomiuri shinbun* abgedruckt wurden, kritisierten über 80% das Ersetzen von „Invasion“ durch „Vormarsch“ und meinten: „Wir müssen den Tatsachen ins Gesicht sehen.“ Unabhängig von Alter und Geschlecht war dies die Einstellung der breiten Öffentlichkeit. Das läßt darauf schließen, daß es viele Leute gab, die am Problem um die Schulbuchzulassung ein Verblassen der Kriegserfahrung und eine Gefahr für den Frieden spürten, und daß die verfälschte Geschichtsdarstellung im wesentlichen ein psychisches Problem der Japaner selbst war. Nach Generationen geordnet, gab es die meisten Leserbriefe von Teenagern, die keinen Krieg erlebt haben, das heißt von dem Personenkreis, der mit den betreffenden Lehrbüchern unterrichtet wurde, den Oberschülern und -Schülerinnen. Charakteristisch an diesen Leserbriefen war eine Frustration, wie sie sich in dem Satz „Ich möchte im Unterricht Tatsachen erfahren!“ ausdrückt (*Yomiuri*, 6. August, Morgenausgabe). Die japanische Jugend hegte also ein starkes Mißtrauen gegen die Bürokraten des Kultusministeriums, die sich ständig darum sorgten, wie sie die Narben, die die 36jährige Herrschaft über Korea zurückgelassen hat, vor den Augen der japanischen Jugend verbergen könnten. Außerdem mißtraute sie einer japanischen Mentalität, die den „15. August“ gleichmütig verstreichen läßt^[11].

Die „Schulbuchaffäre“ eröffnete eine wichtige Perspektive für eine Änderung in der Denkweise des japanischen Volkes, als die Auffassung vertreten wurde, unter den heutigen Japanern gebe es wohl tatsächlich kaum Leute, die Japans „Aggression mit Waffengewalt“ und seine „Greuelthaten“ in der Vergangenheit kritiklos bejahten und verherrlichten, das Problem jedoch läge in der „Qualität dieser Vergangenheitsbewältigung“, in der „Bekehrung des Volkes“!^[12]. Vor allen Dingen wurde argumentiert, daß jeder einzelne Japaner um der Koexistenz von Japanern und Asiaten willen der „Aggression“ als Tatsache ins Auge sehen (Ruben L. F. Abito²⁹ *Asahi*, 27. August) und sich seiner Eigenschaft als Täter bewußt werden muß. Dies wurde folgendermaßen erläutert: Als Folge der Bemühungen sowohl der Konservativen als auch der Progressiven in den 37 Jahren nach dem Krieg, die ganze japanische Nation als Opfer hinzustellen – obwohl doch der Krieg keine Naturkatastrophe gewesen sei – gebe es nun keinen Japaner, der sich als Täter begreife. Und tatsächlich schien der Nachkriegsgeschichte Japans

29 Ruben L.F. Abito: Name eines in Japan lebenden katholischen Priesters von den Philippinen, der auch als Publizist tätig ist. Da die Originalschreibweise seines Namens nicht zu rekonstruieren war, ist er hier in der Umschrift der japanischen Schreibweise angegeben.

eigen gewesen zu sein, daß sich die Japaner eifrigst bemühten, jenes kollektive Gefühl nationaler Identität zu zerschlagen, in dem man als ein Mitglied des japanischen Volkes für die Untaten anderer Japaner Verantwortung hätte übernehmen müssen (Nishi Yoshiyuki, *Asahi*, 18. September, Rondon). Bei den Überlegungen zu diesem fehlenden Täterbewußtsein kritisierte man auch besonders die progressiven Kräfte in Japan. Masamura Kimihiro betonte später die Notwendigkeit eines Selbstverständnisses, bei dem man sich bewußt ist, daß man, bevor man Opfer wurde, selbst Täter war: „Eine Frage, die mir während der Debatte um die Schulbücher in den letzten Jahren schmerzlich bewußt wurde, war die, ob nicht die progressiven Kräfte und die ihnen nahestehenden Intellektuellen das japanische Volk und die Systemgegner allzusehr nur als Kriegsgeschädigte und -opfer behandelt haben.“^[13]

Als Hintergrund für solche Überlegungen kann man anführen, daß die Japaner sich im Laufe der 70er Jahre der Kriegsschuld bzw. der kollektiven nationalen Verantwortung – einer der intellektuellen Aufgaben der Nachkriegszeit – tiefer bewußt geworden waren. Dies betraf natürlich nicht nur die Verantwortung der damals herrschenden Schicht, die Japan in den Krieg geführt hatte, sondern schloß auch die Frage nach der Verantwortung der ganzen Nation mit ein. In diesen Zusammenhang passen jene Standpunkte unter den verschiedenen Argumentationen im „Schulbuchstreit“, die sich nicht mit den Behauptungen identifizieren wollen, die besagen, das Volk habe sich nie schuldig gemacht, sondern sei von der böartigen Staatsführung auf einen Irrweg geführt worden (z.B. Irokawa Daikichi: „Requiem für die Gefallenen – Was heißt das?“, *Mainichi*, 11. August, Abendausgabe). Zu Recht zeigen sich diese Standpunkte auch mit der Haltung von Presse und Massenmedien unzufrieden: Diese hätten eifrig die Fehler der Regierung gescholten und viel zu selten das Problem berührt, inwieweit sie selbst bis jetzt am Schulbuchproblem und dem Zustand des japanischen Bildungssystems beteiligt waren. Letztendlich bedeutet dies, daß die beschönigende Darstellung der Geschichte die Verantwortung auch des Volkes offenlegt, das ja keine Regierung haben kann, die über seinem eigenen Niveau steht^[14]. Und das heißt wiederum, daß die Bedeutung der „Schulbuchaffäre“ in folgendem Umstand liegt, auf den Katô Shûichi und Hidaka Rokurô aufmerksam gemacht habend^[15]: Wenn das machtlose Volk diese Affäre auf sich beruhen ließe, wird sich Japan rasch von einer Wirtschafts- großmacht in eine militärische Großmacht verwandeln, was letztlich und unweigerlich seinen eigenen Untergang bedeuten würde.

So war die innerjapanische Diskussion um die „Schulbuchaffäre“ notwendigerweise mit der Befürwortung einer japanischen Aufrüstung und dem Wissen bzw. dem Bewußtsein um die Gefahr eines Militarismus bzw.

einer militärischen Großmacht verbunden. Verglichen jedoch mit der scharfen Kritik aus den asiatischen Ländern, besonders aus Süd- und Nordkorea, an einer Renaissance des japanischen Militarismus, nahmen sich diese kritischen Stimmen in Japan unbestreitbar recht kärglich aus. Derjenige, dem Leid zugefügt wurde, reagiert natürlich immer ganz anders als derjenige, dem dies nicht widerfahren ist, aber dennoch ist es notwendig, entsprechend zu berücksichtigen, daß die Qualität der „Selbstkritik“ in der innerjapanischen Diskussion eng an das unterentwickelte Asienbild in Japan nach dem Krieg gekoppelt ist.

Eigentlich ist der August in jedem Jahr in Japan – auch ohne „Schulbuchaffäre“ – der Monat der heiligen Zeremonien nationaler Kollektivbeichte: vom Gedenktag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki bis hin zur Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Krieges am Jahrestage der japanischen Niederlage. In den anderen asiatischen Ländern ist er der Monat, in dem an den Entschluß zur nationalen Einheit und zur Staatsgründung erinnert wird. Japaner geben dabei in den Augen der Asiaten leicht das Bild ab, mit ihrer jüngsten Vergangenheit ohne ernsthafte Auseinandersetzung, mit den historischen Tatsachen unausgewogen und emotional umzugehen. Und zwar, weil sie einerseits den Atombombenabwurf so betonen, als hätten sie ein Monopol auf den Opferstatus, und weil sie andererseits bei der offiziellen Entschuldigung für die Kriegsschäden, die sie den asiatischen Ländern zugefügt haben, eine übermäßige Reaktion an den Tag legen, als trügen die Japaner die alleinige Schuld an den unglücklichen Ereignissen der Vergangenheit und hätten wiederum ein Monopol auf das Bewußtsein als Täter (*Nikkei*, 6. September).

Aus Anlaß der „Schulbuchkontroverse“ wurde auch die Festsetzung eines Asienbildes vertreten, das die Länder Asiens in einem Geflecht „Gegenseitiger Abhängigkeit“ sieht, und man bildete den Begriff der Orientierung am „nationalen Interesse“, die auf dieser „gegenseitigen Abhängigkeit“ beruht (*Mainichi*, 16. August, Abendausgabe). Ferner wurde eine aus der selbstkritischen Betrachtung der „Geringschätzung Asiens“ erfolgte Umstrukturierung der diplomatischen Beziehungen in Asien vorgeschlagen, bei der Japan die Rolle einer „dienstleistenden Großmacht“ bekäme (*Sankei*, 22. August, Morgenausgabe). Auch diese Ideen sind sicher in der Entfremdung zwischen der nationalen Mentalität der Japaner und der der Asiaten sowie in der Kluft zwischen ihren Geschichtsbildern begründet, symbolisiert durch das alljährliche „Aneinandervorbeireden im August“.

Es ist allerdings bei der Erörterung des, eigentlich in sehr enger Verbindung zur wissenschaftlichen Forschung stehenden Phänomens „Schulbuch“ unangemessen, es nur in der Dimension des unterentwickelten Asienbildes in Politik, Diplomatie und im Nationalbewußtsein der Japaner abzuhandeln. Vielmehr ist es hier notwendig, die Frage nach dem Zustand

wissenschaftlicher Forschung in Japan nach dem Krieg, insbesondere die Frage nach der Geringschätzung bzw. dem Fehlen Asiens in japanischer Wissenschaft und Forschung zu stellen.

Werfen wir einen Blick zurück: Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde die japanische Asienforschung – und das gilt besonders für die Geschichtsforschung – in einem aggressiven politischen System betrieben, und so bemühten sich die Wissenschaftler, die Unabhängigkeit und Reinheit der Wissenschaft zu bewahren, indem sie ihre Augen von der Wirklichkeit abwandten und eigenständige Ideen aufgaben. Folglich hatte die Forschung zwar relativ große Erfolge, aber nicht nur, daß sie sich einseitig auf die Erforschung konkreter Fakten beschränkte und auf systematische Erkenntnisse über die Geschichte verzichtete – sie ließ sich auch auf eine unverantwortliche Verbindung mit den Machthabern ein^[16]. Es fehlte der Aspekt der asiatischen Revolution bzw. der Befreiung der asiatischen Völker und die Solidarität damit. So konnte sich unter den japanischen Wissenschaftlern niemand wie Agnes Smedley, Edgar Parks Snow oder N. Wyles profilieren.³⁰ Man bemühte sich zwar nach dem Kriege ziemlich, den Zustand der Asien- und Geschichtsforschung der Vorkriegszeit kritisch zu betrachten, aber vieles von den alten „Grenzen & Fehlern“ konnte nicht überwunden werden und blieb bestehen: Wie man aus der Kritik aller asiatischen Länder in der „Schulbuchaffäre“ ersehen kann, vermochte man in Japan nie ganz, einen Schlußstrich unter die eurozentristische „Stagnationsthese“ und das „kolonialistische Geschichtsbild“ zu ziehen. Aber auch die marxistische Geschichtsforschung, die sich nach dem Krieg auf der Grundlage der von Positivismus, Kulturgeschichte und tennōistischem Geschichtsbild geprägten Vorkriegs-Geschichtswissenschaft entfaltete, spielte eine nicht gerade kleine Rolle bei der Festsetzung von Geringschätzung Asiens bzw. Asien-Verachtung unter den Japanern der Nachkriegszeit, da sie ebenfalls durch ein eurozentristisches Geschichtsbild, gleichbedeutend mit der These von einem stagnierenden Asien, gekennzeichnet war^[17]. Dabei spielte auch der Charakter der marxistischen Geschichtswissenschaft in Japan mit, die leicht ihres kritischen Geistes verlustig ging, indem sie in einem politischen „Faktionalismus“ und in eine kleinliche Einteilung des Wissens in Spezialgebiete verfiel. Nicht nur die Geschichtsforschung sondern die gesamte japa-

30 Agnes Smedley (1894–1950) war eine amerikanische Journalistin, die lange in China lebte und viel über die Chinesische Revolution geschrieben hat (u.a. *The Great Road*, 1956); der amerikanische Journalist Edgar Parks Snow (1905–1972) war lange Zeit Korrespondent in China und wurde berühmt durch sein Buch *Red Star over China* (1937) über Mao Tse Tung; bei „N. Wyles“ handelt es sich m.E. um einen Druckfehler; wahrscheinlich ist Nym Wales (* 1905), die erste Ehefrau von Edgar Parks Snow gemeint, die ebenfalls als Journalistin in China tätig war.

nische Nachkriegswissenschaft steuerte aufgrund fortschreitender Isolierung und Auffächerung der Forschung ihrem Verfall entgegen. Weit entfernt von der Wirklichkeit vermied sie die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Unterdrückung und wurde schließlich in nicht unerheblichem Maße von der politischen Führung benutzt. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die marxistische Forschung der Nachkriegszeit in Gebieten wie Politik, Wirtschaft, Geschichte und Pädagogik das Problem der japanischen Kolonialherrschaft in der jüngsten Vergangenheit recht lange ausgeklammert hat. Und ferner, daß sie dahin tendierte, zu glauben, wenn die Menschen nur mehr studierten und wissenschaftlicher bzw. theoretischer werden würden, sich auch Freiheit und Menschenrechte von selbst allgemein durchsetzen könnten.

Mit den Gegenbewegungen zu den japanisch-südkoreanischen Normalisierungsverträgen und zum Vietnam-Krieg in den 60er Jahren sowie den verschiedenen Protest- und Antidiskriminierungsbewegungen der Bürgerinitiativen der 70er Jahre vertieften sich natürlich auch in der wissenschaftlichen Forschung die Erkenntnisse über Asien und die Dritte Welt, man wurde sich ebenfalls der Kriegsschuld und der kollektiven Verantwortung der Nation Asien gegenüber noch mehr bewußt. Dennoch, betrachtet man die Wirklichkeit in Schulbüchern und im Erziehungswesen, so kann man immer noch nicht behaupten, die Rolle der Wissenschaft sei dabei völlig zufriedenstellend. Ein Beweis dafür ist auch, daß vor allem das wissenschaftliche Gewissen der Geschichtsbuchautoren zur Zielscheibe öffentlicher Kritik in Japan wurde, als man während der „Schulbuch-kontroverse“ sowohl die Beamten des Kultusministeriums, als auch die allein gewinnorientierten Schulbuchverlage angriff, die sich jedweder Forderung der Obrigkeit anpaßten. Ein typisches Beispiel dafür lieferte Nakano Yoshio in seinem Artikel „Eine schändliche Geschichte, die mehr als Wut erzeugt!“. Außer den Beamten des Kultusministeriums und den Verlagen tadelte er auch die wissenschaftliche Haltung der Autoren, die unter dem Druck des Kultusministeriums dessen Revisions- oder Streichungsforderungen, wenn auch „widerwillig“, nachkamen. Das stellt sicherlich die „wechselhafte“ Logik der Sozialwissenschaftler in Frage, die „Invasion“ in „Vormarsch“ umänderten, als dies von ihnen verlangt wurde^[18]. Doch auf der anderen Seite war es auch ein Problem der Lage und des Niveaus der Wissenschaft: Wie Mitglieder des Schulbuchprüfungsrates urteilten, würde die Offenlegung der Prüfungspraxis auf der Stelle die „Inkompetenz der Schulbuchredakteure und das mangelhafte fachliche Können der Autoren ans Tageslicht bringen“ (*Shûkan Asahi*, 13. August).

Doch es versteht sich von selbst, daß bei der Problematisierung der wissenschaftlichen Forschung im Zusammenhang mit den Schulbüchern das Gewissen und die Fachkompetenz der Wissenschaftler zwar wichtig sind,

daß aber, grundsätzlicher betrachtet, das wichtigste Problem der Umgang mit Geschichte, das heißt, die Einstellung zur Geschichte ist. In Bezug auf die Darstellung Koreas in den Geschichtsbüchern ist das Problem Nummer eins, das zu untersuchen wäre, gerade die historische Erkenntnis, in der das von der modernen und gegenwärtigen Geschichte Japans untrennbare Korea entweder unterbewertet oder ausgelassen wird. In der Tat lassen die Lehrbücher ‚Japanische Geschichte‘ und ‚Weltgeschichte‘ ein Geschichtsbild erkennen, in dem Korea fehlt, und die vorhandene Korea-Darstellung ist oft voll von Vorurteilen und Verkennungen der Tatsachen. Wenngleich wohl kaum irgendwo so sehr ‚Frieden & Demokratie‘ betont wird wie in geschichtswissenschaftlichen Kreisen Japans, tauchte das seit der Meiji-Zeit kaum überwundene Bild von der koreanischen Geschichte in Form der Darstellung in den Schulbüchern wieder auf: Hervorgehoben wurde nur die Geschichte der expansiven Aggression Japans, fixiert auf die Aggressor-Opfer-Beziehung, das heißt Toyotomi Hideyoshis Korea-„Feldzüge“,³¹ das *Seikanron*³² und die Kolonisierung Koreas. Die langen freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland schwieg man tot und schuf ein dunkles Bild der koreanischen Geschichte, in dem die eigenständige kulturelle Entwicklung Koreas ignoriert wurde. Tsurumi Shunsuke bemerkte in diesem Zusammenhang: „Der erste Schritt dazu, Japan mit den Augen eines Weltbürgers zu betrachten, ist das Aufgreifen der Aspekte in der japanischen Geschichte, für die die koreanische Geschichte das Fundament mit bildete.“ In Wirklichkeit sind jedoch Zustand und Niveau der japanischen Wissenschaft noch weit davon entfernt. Die dem „Schulbuchkonflikt“ zugrundeliegende Realität ist, daß nicht nur einfach der Bereich der Wissenschaft, sondern sogar Lehrgewerkschaft und progressive Kräfte sich äußerst konservativ gegenüber den Problemen um die Unterdrückten und die Opfer der japanischen Aggression verhalten, insbesondere gegenüber dem Erkenntnisproblem in Bezug auf Korea, aber auch dem Ainu-Problem, dem Okinawa-Problem usw. – Themen, die sie ja eigentlich als erste hätten aufgreifen müßend.

Auch wenn man die „Schulbuchaffäre“ von 1982 als Teil des Kampfes der Allianz aus Kultusministerium und LDP gegen die „Linkslastigkeit“ der Lehrgewerkschaft bewerten kann (*Nikkei*, 27. August, Leitartikel), wurden Koreabild und Kenntnisse über Korea – gezüchtet durch die Bildungspolitik der Nachkriegszeit – in ihrem desolaten Zustand belassen. Die Rate

31 Toyotomi Hideyoshi (1536–1598): jap. Heerführer, Staatsmann und einer der „Drei Reichseiniger“, die Japan nach einer Zeit der Dezentralisation wieder zu einem Zentralstaat zusammenschlossen. Er führte zwei Eroberungszüge nach Korea (1592, 1597), die jedoch beide scheiterten.

32 Siehe Anm. 20.

derer, die in Japan die Oberschule besuchen, liegt bei 94 % der Schüler eines Jahrgangs, und man kann behaupten, daß das grundlegende Geschichtsbeußtsein eines Japaners ungefähr auf der Stufe eines Oberschülers geformt wird. Doch nach diversen Erfahrungsberichten aus den Schulen kann man das Koreabild der japanischen Oberschüler nur mit dem einen Wort „düster“ bezeichnen^[21]. Ferner besitzen über 90 % der Oberschüler nach einer Untersuchung ein mit folgenden Attributen zu bestimmendes Image von Korea: „Dunkel, trübsinnig, sklavisch, dreckig, hinterwäldlerisch, arm, bedauernswert, traurig, beängstigend, erschreckend, minderwertig, rückständig, barbarisch, unzivilisiert“ (*Asahi jânaru*, 21. Oktober 1977, Umfrage unter 200 Oberschülern des letzten Jahrganges aus Takamatsu-Stadt)^[22]. Solche Vorurteile entspringen wohl weniger dem direkten Kontakt mit Korea oder Koreanern, als dem schleichenden Einfluß der sie umgebenden Erwachsenenwelt. Es ist jedoch nicht schwierig, sich vorzustellen, daß die Schulerziehung, insbesondere die Schulbücher, dies noch weiter begünstigen^[22].

Selbst wenn man die unkorrekte Darstellung Koreas in den Schulbüchern beiseite läßt, ist doch die landesweite Annahmerate bei solchen Geschichtsbüchern für Oberschulen verhältnismäßig höher, in denen nur ungenügend über die „Landvermessung und -registrierung“,³³ die „Bewegung des 1. März“ und die „Zwangsdeportation“ berichtet wurde (*Asahi*, 17. Oktober, Morgenausgabe). Zudem orientieren sich nach einer Umfrage, die die Lehrgewerkschaft in der Präfektur Kanagawa durchgeführt hat (*Mainichi* und *Yomiuri*, 18. Dezember, Morgenausgabe), 43,5 % der Oberschullehrer „bis zu einem gewissen Grade“ in ihrem Unterricht an derartigen Schulbüchern, und 2,2 % der Lehrer hielten sich „strikt“ daran. Das macht zusammen fast die Hälfte der Lehrer aus. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das japanische Erziehungswesen zeichnet sich dadurch aus, daß die Mehrheit der Oberschüler „systematisch“ der Chance beraubt wird, die korrekten historischen Fakten über Korea und die Geschichte japanisch-koreanischer Beziehungen zu lernen und ferner, daß der schwere Druck des japanischen Prüfungssystems zur Hochschulzulassung diese Tendenz noch beschleunigt. Mit anderen Worten, auch unabhängig von einer „Schulbuch-affäre“ – einmal angenommen, der Erfolg des Nachkriegs-Erziehungswesens ließe sich am Ergebnis der Entwicklung der japanischen Gesellschaft

33 Zu Beginn ihrer Kolonialherrschaft in Korea (ab 1910) führten die Japaner eine umfassende Landvermessung und -registrierung durch, um der für sie unübersichtlichen Besitzverhältnisse Herr zu werden und Korea effektiv nutzen zu können. Dabei verloren viele Koreaner, vor allem kleinere Bauern, ihre Landansprüche, da sie den bürokratischen Vorgang nicht begriffen oder Japaner sich mit gerissenen Methoden ihr Land aneigneten.

messen, dann muß man sagen: Die nationalen Vorurteile, die Diskriminierung und die Verachtung gegenüber Korea in der modernen japanischen Gesellschaft wurden durch die Japaner, die nach dem Krieg erzogen worden sind, übernommen und weiterverfolgt. Und deshalb hat eben jene Ignoranz und die sie fördernde Struktur der japanischen Gesellschaft die menschliche Natur der Japaner entstellt und selbstgefällig gemacht.

IV. Das Krisenbewußtsein der südkoreanischen Intellektuellen und wie die Öffentlichkeit zur Initiative „Südkorea muß Japan überwinden“ gelenkt wurde

In Japan lag der Schwerpunkt der Diskussion um die „Schulbuchaffäre“ auf Politik und Erziehungswesen. In Südkorea jedoch wurde sie von Anfang an als Problem behandelt, das die ganze Existenz des Volkes angeht. Die Diskussion wurde aber nicht etwa unter Beteiligung aller wichtigen südkoreanischen Intellektuellen geführt – sie wurde vielmehr in einer Situation geführt, in der das Regime die Medien für den Kern der Demokratisierungskräfte verschlossen hielt, den man als den qualitativ besten Teil des südkoreanischen Intellekts der Gegenwart bezeichnen kann. Zu Beginn hatten die Südkoreaner mit gesundem Menschenverstand den „Schulbuchkonflikt“ gelassen beobachtet – dieser gilt besonders für diejenigen, die über die 70er Jahre hinweg für Demokratisierung gefochten hatten^[24]. Außerdem befanden sich die Intellektuellen aus dem Demokratisierungskampf infolge der angespannten innenpolitischen Lage seit Anfang der 80er Jahre unter starkem Druck der Regierung. Demzufolge wurden auch ihre Beiträge für Zeitungen, Zeitschriften usw. von den Behörden zensiert. Ein recht kleiner Teil der Intellektuellen, die zu den Demokratisierungskräften gezählt werden, veröffentlichte zwar während dieser Zeitspanne Beiträge in der Presse, aber dies waren eigentlich passive Leute, die man nur schwerlich zum unbedingten Mittelpunkt des Kampfes für Demokratisierung in Korea rechnen kann.

So wurde die anti-japanische Kampagne unter der Kontrolle der Regierung maßgeblich von den konservativen oder gemäßigten Intellektuellen Koreas eröffnet. Aber wie sehr sie auch ihrer gesellschaftlichen Position verhaftet blieben, mit fortschreitender Diskussion begann man doch allmählich, die wichtigen Probleme in Südkorea nach der „Befreiung“ offen zu erörtern. Die „Anklage der pro-japanischen Restmacht“, das „Ausmerzen eines Kolonialbewußtseins in Südkorea“, die „Entlarvung der Pro-Südkorea-Lobby in Japan, d. h. der der anti-kommunistischen Kräfte“ – das waren Dinge, die während der anti-japanischen Kampagne unter dem gesellschaftlichen Druck und dem des Gewissens nach und nach aufgegriffen werden mußten. Um zu verhindern, daß aus „anti-japanisch“ „antiamerika-

nisch“ wird, und dies wiederum in Kritik gegen das Regime selbst umschlägt, ergriff die Regierung, die von dieser Entwicklung überrascht worden war, die Initiative und lenkte die südkoreanische Öffentlichkeit zu den Kampagnen „Südkorea muß Japan überwinden!“ und „Wir errichten eine Gedenkhalle für die Unabhängigkeit!“. „Anti-japanische“ und „anti-amerikanische“ Parolen und der Slogan „Wiedervereinigung!“ sind untrennbar mit dem Kampf für die Demokratisierung verbunden, der die Errichtung eines selbständigen Nationalstaats anstrebt. Tatsächlich erkennt man, jedenfalls bei den wahren Intellektuellen aus dem Demokratisierungskampf, neben „Anti-Japanismus“ auch „Anti-Amerikanismus“ und „Wiedervereinigung!“. Nur in dem Maße, wie „Anti-Amerikanismus“ tabuisiert wurde, intensivierte sich der „Anti-Japanismus“. Und daß die „Wiedervereinigung“ mit einem Tabu belegt wurde, ist ohnehin südkoreanische Geschichte. So wurde in Südkorea bei der „Schulbuchkontroverse“ vor allen Dingen für die Notwendigkeit plädiert, Emotionen außen vor zu lassen und Japan geradeheraus gegenüberzutreten. „Die Schönfärberei in japanischen Geschichtsbüchern im Sommer 1982 weckte die Südkoreaner aus einem langen Sommerschlaf. Für die Südkoreaner, die ohne aus dem Dämmerzustand der Kolonialzeit erwachen zu können, die 37 Jahre nach der Befreiung aus japanischer Kolonialherrschaft damit verbracht hatten, Japan nur vage als ‚gesunden Nachbarn‘ zu begreifen, war diese Affäre ein empfindlicher Peitschenhieb.“ (*Kankokujin ga mita Nihon*, Chosun Ilbo [Hrsg.], Tôkyô, 2984). Zweifellos bot der „Schulbuchkonflikt“ einen dringenden Anlaß, im 37. Jahr nach der „Befreiung“ den Aufbau der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern unter den Aspekten „Was bedeutet Japan für Südkorea?“ und „Was bedeutet Südkorea für Japan?“ sachlich und bestimmt neu hinterfragen zu müssen (*Chosun*, 15. August, Leitartikel).

Wie ein Korrespondent der *Chosun Ilbo* in Tôkyô feststellte, ist es in der Tat eine Seite des südkoreanischen „Anti-Japanismus“, daß man „anti-japanische“ Parolen ausruft, obwohl man im Alltag so von japanischen Produkten und japanischer Kultur gleichsam umzingelt ist, daß man sich nicht mehr rühren kann^[25]. Außerdem ist die Gesellschaftsstruktur Südkoreas so beschaffen, daß das Fundament der Ökonomie des Landes zusammenbrechen würde, käme es zu einem Abbruch der wirtschaftlichen Verbindungen und würde die Einfuhr japanischer Maschinen und Materialien gestoppt, wie ein Angestellter einer japanischen Handelsfirma erklärt^[26]. Auch im wissenschaftlichen Bereich tragen zwar Seminare und Forschungsgruppen das Aushängeschild ‚Japan-Forschung‘, in Wirklichkeit fehlt jedoch prinzipiell das Notwendigste dazu, und so ist das Wissen über Japan äußerst oberflächlich und fragmentarisch geblieben. Es ist nicht damit getan, daß sich nur dann, wenn es in einer Zeitung oder Zeitschrift ein „Japan Extra“ geben

soll, einige Leute versammeln und diskutieren, denn der Inhalt solcher Diskussionen läßt sich nicht einmal von Außenstehenden oder von Japan aus kritisieren bzw. überprüfen. Es scheint zwar so, als wüßte die etablierte Generation Koreas vieles über Japan, da sie ja japanisch erzogen wurde und japanische Denkart kennengelernt hat, doch in Wahrheit weiß sie nichts. Die junge Generation wiederum, die antikommunistisch und mit Hangul³⁴ erzogen wurde, hatte keine Chance, in einem geistigen Umfeld des „Anti-Japanismus“ ihr negatives Japanbild zu überprüfen. Aus dieser Sachlage ergab sich auch die Forderung der *Dong-a Ilbo* nach kritischer Selbsterkenntnis an die Adresse der Nation in ihrem Leitartikel mit dem Titel „Die Notwendigkeit einer ‚Japanforschung‘ – ein Versuch, unser Gegenüber systematischer und auch objektiver kennenzulernen“ (7. September). Wenn sich die Beziehungen zwischen Südkorea und Japan verschlechterten, würde zwar jedesmal ein Aufschrei der Entrüstung gegen Japan im Volk laut, doch kein einziges Mal sei es gelungen, diese Stimmen in Form einer organisierten, systematischen Japanforschung Früchte tragen zu lassen. Gleichzeitig teilte die *Dong-a Ilbo* auch mit, an der Universität Seoul gäbe es Pläne, ein „Forschungsinstitut für Japanologie“ einzurichten.

Während man sich auf die eigene Unwissenheit Japan gegenüber besann, äußerte sich das Krisenbewußtsein der Intellektuellen in Form einer Introspektion bezüglich der Wege, die das eigene Volk seit der „Befreiung“ gegangen ist. Die Zeitungen veröffentlichten Tag für Tag Titel wie: „Gründet Bürgerinitiativen zur Entfernung der japanischen Einfärbung!“, „Das Volk muß ein Geschichtsbild von Autonomie, Kreativität und Reform entwickeln!“, „Neubeginn für den 15. August“, „Jetzt muß die Bevölkerung aufwachen!“, und „Wendepunkt der Volksgeschichte“. Man vertrat die Auffassung, das eigentliche Problem wäre gerade im eigenen Volk zu suchen, das von Japan verachtet würde. Das bedeutet, diesem Ton in der Presse lag

34 „Hangul“ (nach McCune/Reischauer: „Han'gŭl“), d.h. reinkoreanisches, phonetisches Alphabet, bei dem man aus 10 Vokalen und 14 Konsonanten Silbenblöcke bildet. Es wurde zu Beginn der Yi-Dynastie (1392–1910) unter König Sejong (reg.: 1418–1450) entwickelt und gilt als eine der größten kulturellen Errungenschaften des koreanischen Volkes. Seit 1446 wird es neben oder zusammen mit chinesischen Schriftzeichen verwendet. Als „Hangul-Generation“ wird die Altersstufe der Bevölkerung Südkoreas bezeichnet, die nach dem 2. Weltkrieg erzogen wurde, d.h. vornehmlich nur noch mit Hangul (der Anteil der zu lernenden chinesischen Schriftzeichen wurde drastisch gesenkt und zeitweise wurden sie, wie in Nordkorea, sogar ganz abgeschafft). Diese Generation unterscheidet sich also sowohl von der chinesisch und streng konfuzianistisch geprägten Generation vor der japanischen Kolonialzeit, als auch von der japanisch erzogenen Generation von vor 1945.

eine tiefe, nach „Eigenständigkeit“³⁵ des koreanischen Volkes verlangende Selbstkritik zugrunde, die sich mit folgenden Worten zusammenfassen läßt: „Rückblickend müssen wir uns die Fragen stellen, was in den 37 Jahren seit der Befreiung bis heute in der Politik getan wurde, worauf die Wirtschaft abzielte und welchen Weg die Kultur genommen hat, um den wahren Charakter unseres Volkes wiederzubeleben.“ (*Chosun*, 19. August). Das war ein Versuch der selbstkritischen Betrachtung darüber, daß Südkorea 37 Jahre nach der „Befreiung“ keinen qualitativen Wandel gegenüber der Kolonialzeit vollzogen hat, sondern im Kontinuum des Kolonialzustandes nicht abgelehnt hat, was abzulehnen war und mit der Lüge von „Autonomie und Unabhängigkeit“ existiert hat. Mit anderen Worten, die wahre Ursache für den „Schulbuchkonflikt“ lag nicht in Japan und seinen wiederholten Unflätigkeiten, sondern vielmehr in einer Eigenschaft des eigenen Volkes bzw. Staates, die so etwas zugelassen hat.

Diese eine besonnene Selbstkritik fordernde Stimme entwickelte sich rasch zu einer Denkrichtung unter den Intellektuellen und später dann in der südkoreanischen Öffentlichkeit. Sie setzte natürlich eine ganzheitliche Kritik der modernen Geschichte Koreas voraus, die nicht bei dem Verlauf der letzten 37 Jahre haltmachte. Äußerst wichtig sind folgende selbstkritische Gedanken, die der Dichter Shin Kyung-Lim³⁶ unter dem Titel „Bevor wir laut schreien...“ hinsichtlich der Beziehung zu Japan deutlich zum Ausdruck brachte:

„Es ist jetzt notwendig, einmal umzudenken. Gibt es denn für uns wirklich nur den einen Weg zum Wohlstand, Japan blind hinterherzulaufen? Ist denn die Modernisierung unseres Landes nur zu erreichen, wenn wir als Modell dazu haargenau den Modernisierungsprozeß Japans übernehmen? ... Früher unterschied sich unser Lebensweg von dem Japans. Auch unsere Gedanken unterschieden sich von denen der Japaner. Aber je mehr die Modernisierung fortschritt, erst unter ausländischem Druck, dann mit unserer

35 Dem hier im Deutschen mit „Eigenständigkeit“ wiedergegebenen Begriff liegt das koreanische *chuch'e* auch *chuch'esōng*, *chuch'ejōk*, *chuch'eūsik*; jap.: *shutai* bzw. *shutaisei*, *shutaiteki*, *shutai-ishiki*) zugrunde. „*Chuch'e*“ heißt ursprünglich so viel wie „Subjekt“, „Subjektivität“, doch in beiden koreanischen Staaten hat dieser Begriff nach dem 2. Weltkrieg eine umfassende emotionale wie politische Bedeutung bekommen, die sich wie folgt umschreiben läßt: nationales Engagement für ökonomische Selbstständigkeit, politische Autonomie und nationale Identität. In Politik und Ideologie Südkoreas tauchte der Begriff verstärkt seit der Ära Park (1961–1979) auf. In seinen Reden forderte Präsident Park Chung Hee immer wieder die Ausbildung von *Chuch'esōng* durch das südkoreanische Volk und gebrauchte diese ‚Ideologie‘ auch als Rechtfertigung für seine radikalen ‚Reform‘-Maßnahmen vom Oktober 1972.

36 Shin Kyung-Lim: zeitgenössischer Dichter Südkoreas (* 1935), schreibt Gedichte in Anlehnung an traditionelle koreanische Volkslieder, steht der südkoreanischen Opposition nahe.

eigenen Kraft, wurden wir in unserem Lebensstil und unseren Gedanken den Japanern immer ähnlicher. Ohne eine eigenständige Modernisierung vollziehen zu können, die unserem eigenen Lebensstil entspricht, wählten wir die bequeme Methode, kritiklos den japanischen Modernisierungsprozeß als Vorlage zu nehmen. War es nicht unumgänglich, aus japanischer Sicht als Epigonen verlacht zu werden? Sind wir nicht zum Objekt der Verachtung und des Spottes der Japaner geworden? ... Ihrem Lippenbekenntnis nach sind alle Menschen in diesem Land anti-japanisch eingestellt. Bedenkt man, daß die Leute, sobald sie nur den Mund zu diesem Thema aufmachen, ihre Nachbarn mit den Bezeichnungen „Japs“ oder „Japanerschwein“³⁷ belegen, kann man zwar der Auffassung zustimmen, daß ein anti-japanisches Gefühl in der Bevölkerung tief verwurzelt ist. Aber solange dieses Gefühl nicht mit der Bemühung einhergeht, uns von dem zu befreien, was uns von eben diesen Japanern angewöhnt worden ist, nämlich Denkweise und Lebensstil, und zu unserer eigenen Art zu denken und zu leben zurückzufinden, solange – und das braucht nicht extra betont zu werden – bleibt dieser Anti-Japanismus lediglich im wahrsten Sinne des Wortes emotional, was letztendlich darauf hinausläuft, daß wir immer weiter von dem Weg abkommen, auf dem wir ihnen mit Selbstachtung entgegentreten können. ... Es ist wichtig, die Korrektur der in den japanischen Schulbüchern falsch dargestellten Geschichte zu fordern, es ist unser Recht und sogar unsere Pflicht. Aber darüberhinaus ist es wichtig, zu leben, ohne von ihnen verachtet zu werden. Und deshalb ist es notwendig, daß wir selbst unseren wahren Lebensstil finden, einen Lebensstil, in dem wir ihnen nicht nacheifern und der uns nicht von ihnen eingetrichtert wurde.“ (*Hanguk*, 1. August)

Aus diesem Zitat kann man leicht ersehen, daß im Vordergrund der Selbstkritik der südkoreanischen Intellektuellen die Auseinandersetzung mit dem „Japan in uns“ und dessen Überwindung stand. Dies hatte die gleiche oder eine noch größere Bedeutung als die, die für die japanischen Intellektuellen die Auseinandersetzung mit der Tennô-Ideologie und deren Überwindung besaß – die erste intellektuelle Aufgabe im Japan der Nachkriegszeit. Der Vorwurf gegen die „Restelemente des japanischen Imperialismus – die Pro-Japan-Lobby“ war in der Tat das, was als nach Innen gerichtete Kritik bzw. Selbstkritik im Zusammenhang mit der „Schulbuchaffäre“ ausnahmslos in jeder Zeitung aufs Schärfste ausgesprochen wurde. Da wurde ein Zustand beklagt, „in dem die Kollaborateure des japanischen

37 Die beiden Schimpfwörter im korean. Original: ‚*Tchokpari*‘ („Schweinsfuß“) durch die traditionellen, an den Zehen zweigeteilten Socken der Japaner (sog. ‚*tabi*‘) sahen ihre Füße wie die von Paarhufern, z.B. Schweinen oder Rindern, aus). ‚*Waenom*‘ („Japanerkerl“, „Japs“).

Imperialismus mit der öffentlichen Sicherheit des eigentlich unabhängig gewordenen neugeschaffenen Staates Südkorea betraut wurden³⁸ – dieselben Leute, die die Kämpfer für das Vaterland gefoltert und ins Gefängnis geworfen hatten; ein Zustand, in dem verräterische Literaten, die damals schrien: ‚Werdet treue Untertanen des Tennô!‘, jetzt immer noch mit absichtlich falschen Darstellungen jonglieren“. „Solange sie (die Politiker) mit japanischem Denken behaftet und einem Pseudo-Pazifismus ergeben sind, bei dem sie denken, es sei damit getan, nur immer wieder die guten freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen mit Japan herunterzubeten, solange bleibt für die Zukunft nichts als die schreckliche Aussicht, daß unser Land zweifellos noch einmal die erste Hürde für einen japanischen ‚Vormarsch‘ sein wird, so wie es die Geschichte schon bewiesen hat.“ Mit diesen Worten wurde „ihr“ Mangel an nationalem Gewissen angeklagt^[27].

Die erste Garde der herrschenden Schicht, nämlich diejenigen, die im südkoreanischen Staat nach der „Befreiung“ die höchsten Positionen in Politik, Verwaltung, Militär, Polizei, Gesellschaft, Kultur, Religion, Bildungswesen und Justiz einnahmen, waren tatsächlich vorwiegend Personen, die unter der Kolonialherrschaft des japanischen Kaiserreiches japanisch erzogen wurden und freiwillig und aktiv der japanischen Kolonialregierung gedient hatten. Diese Pro-Japan-Lobby unterstützte in der chaotischen Zeit nach der „Befreiung“ um der eigenen Selbsterhaltung willen die amerikanische Militärregierung und trug damit zur Bildung eines geteilten Staates bei. Und weil Syngman Rhee³⁹ sie als seine Anhänger gewann, entstand seine Regierung, die alles mobilisierte, was an systematischen und gedanklichen Elementen vom japanischen Imperialismus übriggeblieben war. So konnte durch das Sondergesetz zur Verurteilung von Verbrechen gegen das Volk, das im Namen des Volkes die Bestrafung der pro-japanischen Vaterlandsverräter gewährleisten sollte, sowie durch die als Exekutivorgan zu diesem Gesetz eingesetzte Sonderuntersuchungskommission für Verbrechen gegen das Volk kein einziger japanfreundlicher Kollaborateur und kein einziger Verräter zufriedenstellend abgeurteilt werden. Und man darf ruhig sagen, daß aus diesem Grunde der Zustand der Teilung und darunter wiederum die Unterdrückung der Menschenrechte und das Leid des Volkes in Süd- und Nordkorea bis zum heutigen Tage andauert hat. Mit anderen Worten, die Pro-Japan-Lobby, die Südkorea über die ganze Zeitspanne seit der „Befreiung“ beherrscht hat, vermochte nicht, ein nationales und moralisches Engagement hervorzurufen, das einer schrittweisen Abhängigkeit

38 Hier sind Koreaner gemeint, die unter jap. Kolonialregierung im Polizei- oder Militärdienst waren und nach der Befreiung in diesen Stellungen blieben. Es fand keine effektive Säuberung statt.

39 Syngman Rhee (1875–1965): erster Präsident der Republik Korea (1948–1960).

von Japan in Gewohnheit, Geschmack und Lebensstil hätte widerstehen können^[28]. Und dadurch, daß diese politische Führungsschicht sich scheute, das dem Volk innewohnende nationale Potential auszuschöpfen und zur Geltung zu bringen, schuf sie die gegenwärtigen Verhältnisse, wo man sogar in einer Zeit, in der die Schönfärberei in den japanischen Geschichtsbüchern in aller Munde war, ohne einen einzigen Bekennerbrief eines ehemaligen pro-japanischen Kollaborateurs auskam (No Chae-bong, *Chosun*, 12. August).

Zieht man diese Dinge in Betracht, war es ein ganz natürlicher Vorgang, daß die Kritik an Japan in der südkoreanischen Öffentlichkeit bei weitem die Grenzen der „Schulbuchaffäre“ überschritt, sich zu einer allgemeinen Kritik am Japan der Nachkriegszeit entwickelte, was die japanfreundliche, verdorbene Schicht in Südkorea unterstützt hatte, und sich schließlich auf die japanische Pro-Südkorea-Lobby konzentrierte. Selbstverständlich gab es keine wirkliche Freundschaft und Vertraulichkeit zwischen den Regierungen Südkoreas und der Pro-Südkorea-Lobby in Japan. Vielmehr bestand die einzige Gemeinsamkeit zwischen beiden Parteien in dem Hintergedanken, die Regierungen beider Staaten über gegenseitige Nutzung von Material- und Finanzprivilegien zu erhalten. Demzufolge versetzte die Feststellung der südkoreanischen Bevölkerung im Verlauf der „Schulbuchaffäre“ einen schweren Schock, daß die Pro-Südkorea-Lobby sich zwar zu „tiefster innerer Verbundenheit“ mit ihrem Nachbarland bekannte, aber latent ein Überlegenheitsgefühl dem „einstigen Vasallenstaat“ gegenüber verborgen hielt (*Chosun*, 14. August), und, ihrem Namen völlig widersprechend, in Wahrheit eine „Kontra-Südkorea-Lobby“ darstellte. Die Oppositionsabgeordneten gingen sogar soweit, im außenpolitischen Ausschuß der südkoreanischen Nationalversammlung öffentlich folgendes zu äußern: „In einer Zeit, in der sie Vertrauensmißbrauch betreiben und die Seele unseres Volkes mit Füßen getreten wird, müssen wir sie bekämpfen.“ „Sind sie nicht Wölfe im Schafspelz?“. „Darf man ihnen glauben, nur weil sie antikommunistisch sind?“ (*Yomiuri*, 26. August, Morgenausgabe). So wurde unverhofft der wahre Charakter der Pro-Südkorea-Lobby aufgedeckt, und dadurch begann sich auch eine Neueinschätzung der Japaner durchzusetzen, welche bis dahin als „Südkorea-feindliche Personen“ gegolten hatten. Diese Umkehrung der Bewertung der sogenannten Pro-Südkorea-Lobby und der Südkorea-feindlichen Gruppe war einmalig in der Zeitgeschichte Südkoreas (T.K. Sei, „Telegramm aus Südkorea“, 17. September)P91.

Das Mißtrauen gegenüber Japan führte natürlich zu einer erneuten Überprüfung der südkoreanisch-japanischen Beziehungen, was sich zu einem kritischen Rückblick auf den Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen Südkorea und Japan im Jahre 1965 entwickelte. Der koreanische Sprach-

wissenschaftler Lee Hi-seung (* 1896), der durch den japanischen Imperialismus viel Leid ertragen mußte, äußerte sich wie folgt dazu: „Wir müssen uns ernsthaft und selbstkritisch damit auseinandersetzen, daß unser Volk selbst Anlaß zu den Demütigungen durch Japan gegeben hat, und das gilt auch für die Zeit der Annexion. ... Nehmen wir zunächst unsere Regierung als Beispiel: Welch außenpolitisch kriegerisches Verhalten legte sie doch 1965 in der Zeit der sogenannten Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und Japan an den Tag!“ (*Dong-a*, 30. Juli). Ähnliche Einschätzungen äußerten noch verschiedene andere Leute in der Presse. Hervorgehoben wurde darin vor allem die Undeutlichkeit der japanischen „Entschuldigung“ im Grundlagenvertrag zwischen Südkorea und Japan. So entstand denn auch die „Schulbuchaffäre“ im Kontinuum der südkoreanisch-japanischen Verträge, die in heimlichem Einverständnis der Regierungen beider Länder abgeschlossen wurden, wobei man den Bürgern beider Länder Theater vorspielte. Diese kritische Rückschau auf die Beziehungen zwischen Südkorea und Japan führte dann zu dem Argument, es müsse in diesen Beziehungen zu einer erneuten, grundlegenden Verbesserung kommen, symbolisiert durch den auf die Überwindung der Abhängigkeit von Japan beruhenden Aufbau einer selbständigen nationalen Wirtschaft. Außerdem wies diese kritische Rückschau auf die Beziehungen zu Japan Symptome auf, die sogar auf eine Neueinschätzung der südkoreanisch-amerikanischen Beziehungen hindeuteten. Das läßt sich an der Rede des Botschafters der USA in Südkorea Ende September 1982 erkennen, die den Titel trug: „Die südkoreanisch-amerikanischen Beziehungen – Aufgaben, die noch zu bewältigen sind“. Angesichts einer Welle von Nationalismus in Südkorea, der latent mit einem anti-amerikanistischen Keim behaftet war, gab er darin seine Sorge über den „Ausdruck nationaler Egozentrik“ zu verstehen (*Joong-ang* und *Chosun*, 30. September, Leitartikel).

Man kann also sagen, die Diskussion um die „Schulbuchaffäre“ ging von der Kritik an der Pro-Japan-Lobby und der Pro-Südkorea-Lobby aus, führte dann zu der Warnung vor einem „Militarismus zur Sicherung gegen das Eindringen des Kommunismus“ (Soh Kwang-hie (* 1934): „Der japanische Imperialismus und seine Rückstände im Bewußtsein der Korea“ *Dong-a*, 1. September), um dann stillschweigend auf ein Suchen nach einer neuen Perspektive für den südkoreanischen Nationalismus hinauszulaufen, in dem um der „Wiedervereinigung Koreas“ willen „Anti-Japanismus“ und „Anti-Amerikanismus“ integriert waren. Der Wille des Volkes war eigentlich ein Nationalismus zur Überwindung der Teilung und des festen Willens zur Wiedervereinigung, ein Nationalismus also, der den Reformgedanken in sich trug. Hauptsächlich durch die Demokratisierungskräfte wurde dieser Wille schon in weiten Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Geschichte, Literatur und Erziehungswesen verfolgt. Zu diesem Zeitpunkt begannen dann

vor allem die konservativen oder gemäßigten Intellektuellen Auffassungen, die diesen Willen zur Wiedervereinigung beinhalteten, bedächtig, aber bestimmt auszusprechen: „Wir müssen die Geschichte unseres Volkes mit seinem heutigen Leben verbinden“ (*Chosun*, 27. August), „Wir müssen eine Methode finden, um die heterogenen Kulturen Süd- und Nordkoreas wieder zu verschmelzen“ (*Hanguk*, 22. August), „In der Einheit und der Wiedervereinigung des koreanischen Volkes liegt unser einziger Ausweg zum Überleben“ (*Dong-a*, 6. August).

Nur wurden politische Stellungnahmen auch von der Regierung unterdrückt, und so glaube ich, das Bemerkenswerteste an dieser Diskussion war die Forderung nach Ausbildung „eines entschiedenen Selbstbewußtseins und einer dahingehenden nationalen Erziehung“ (*Chosun*, 29. Juli). Hier wurden die kritische Betrachtung der Geschichtserziehung sowie deren Umstrukturierung als Kern des Problems begriffen. Die *Dong-a Ilbo* fügte eine noch schärfere Kritik am Zustand der nationalen Erziehung hinzu, indem sie in ihrem Leitartikel mit dem Titel „Kritische Betrachtungen über die Erziehung zur Nation“ (3. August) schrieb: „Seit mehr als zehn Jahren hört man in Kultur- und Bildungskreisen unseres Landes extrem oft die Worte ‚Nation‘ und ‚Engagement zur nationalen Eigenständigkeit‘. Auch tauchten als Schlagwörter der Zeit ‚südkoreanisch‘, ‚südkoreanische Mentalität‘, ‚Volksseele‘ und ‚das typisch Koreanische‘ auf. ... Aber seltsamerweise war es um die Wiederentdeckung und die Betonung des ‚Nationalen‘ so bestellt: Verfolgt man das ‚typisch Koreanische‘ durch Antike und Mittelalter, ist es interessant und lebendig, je mehr man jedoch in die Neuzeit kommt, wird es aus irgendeinem Grunde immer uninteressanter und unbedeutender.“

Es versteht sich von selbst, daß das, was hier als „Nationalismus“ kritisiert wird, jener „staatlich verordnete Nationalismus“ ist, den die südkoreanische Regierung seit 1972 der Bevölkerung aufdrängte, indem sie eine „Erziehung mit Nationalität“ propagierte. Er unterschied sich von dem Nationalbewußtsein um der Wiedervereinigung des Vaterlandes willen, das im Kampf um Demokratisierung vertreten wurde, das heißt, einem Nationalbewußtsein, das (1) die Wiederentdeckung der Volksgemeinschaft, (2) die Konzentration auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und (3) die Verwirklichung der Demokratie^[30] in sich trägt. Die staatlichen Geschichtsbücher in Südkorea, die schon über die 70er Jahre hinweg durch das sogenannte *Yushin-System*⁴⁰ ausgenutzt worden waren, wurden beim Eintritt in die 80er

40 „*Yushin-System*“ (korean.: *Yusin-ch'eje*; jap.: *ishin-taisei*): politisches System in Südkorea, das sich auf die sog. „Wiederbelebenden Reformen“ (offizielle engl. Übersetzung des korean. Begriffs: „Revitalizing Reforms“), die im Oktober 1972 unter dem Park-Regime verkündet wurden. Unter dieses Motto stellte Präsident Park Chung Hee

Jahre noch mehr politisch genutzt. Bei ihrer allseitigen Revision im Frühjahr 1982 wurde die „Änderung des Wortlautes“ in den Geschichtsbüchern und deren regressiver Inhalt problematisch (*Choguk T'ong'il Shinbo*, 5. August). Kurz, der Inhalt der Geschichtsbücher stützte sich auf das konservative Geschichtsbild der herrschenden Schicht, das heißt, auf ein „Geschichtsbild eines nationalen Engagements zur Selbständigkeit, in dem das Volk gar nicht berücksichtigt wird“^[31]. Selbstredend waren daran die koreanischen Historiker beteiligt, die von jeher äußerst konservativ waren und in den vergangenen Jahrzehnten der Beweisführung der Legitimität Südkoreas (bzw. der südkoreanischen Regierung) dienen oder dazu benutzt wurden. Davon ausgehend wurde betont, daß Südkorea vor allem ersteinmal selbständig und engagiert seine Geschichte erforschen müsse (*Joong-ang*, 30. Juli), und daß es notwendig sei, die junge Generation eine „auf Tatsachen beruhende Geschichte“ zu lehren^[32]. Dies geschah nur, weil man erneut erkannt hatte, daß es eine dringende, zur Verbesserung der Beziehungen zu Japan und zur nationalen Einheit führende Aufgabe ist, die nationale Erziehung dahingehend umzustrukturieren, daß ihr Kernstück eine auf Tatsachen beruhende Geschichtserziehung bildet.

So warf also die japanische „Schulbuchaffäre“ in der südkoreanischen Gesellschaft die unterschiedlichsten Probleme auf. Zu dieser umfassenden Bedeutung für Korea äußerte sich Yi Yöng-Hüi wie folgt: „Nach Prüfung aller zusammenhängenden Probleme kann man wohl in einer abschließenden Bewertung sagen, daß der Brennpunkt des Problems darauf hinausläuft, ob wir für die Menschen einer Nation in Nord und Süd eine friedliche Existenzform, in der das Volk sein Geschick selbst bestimmt, finden können oder nicht. Die Bedeutung des japanischen „Schulbuchproblems“ für Südkorea liegt wohl darin, innere Bedingungen für das Volk auf der koreanischen Halbinsel zu schaffen, bei denen für die japanische Armee kein Bedürfnis entsteht, in den Süden oder Norden einzudringen, und außerdem darin, eine selbständige und friedliche Wiedervereinigung anzustreben.“^[33]

Mit anderen Worten, als die südkoreanische Öffentlichkeit sich mit der „Schulbuchaffäre“ konfrontiert sah und sich eine Diskussion darum entspann, war es klar, daß dies notwendigerweise eine „anti-japanische“ und „anti-amerikanische“ öffentliche Meinung hervorrief, die eine autonome, friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes wünschte. Wenn man es überhaupt „Nationalismus“ nennen darf, entstand dieser südkoreanische Nationalismus auf der Ebene des einfachen Volkes zweifellos in Form des

eine Reihe von Maßnahmen, durch die das südkorean. Staatswesen und seine Verfassung radikal umstrukturiert wurden, und zwar zum Ausbau der persönlichen Macht Parks und seiner Anhänger; der Begriff *Yushin* (jap.: *ishin*) sollte an die umfassenden Reformen im Japan der Meiji-Zeit (1868–1912), d.h. an die Meiji-Restauration (jap.: „Meiji-*ishin*“) erinnern.

Prinzips der anti-japanischen, anti-amerikanischen Selbstbestimmung der Nation. Das südkoreanische Regime war es dann, das ein Erstarken dieses Nationalismus befürchtete, seine von äußeren Mächten abhängige Herrschaftsposition erhalten wollte und schließlich die Verwirklichung der Wiedervereinigung der koreanischen Nation – der innigste Wunsch der Koreaner in Nord und Süd – immer weiter in die Ferne rückte. Deshalb brachte sie den Slogan „Südkorea muß Japan überwinden!“ und eine Initiative zur „Errichtung einer Gedenkhalle für die Unabhängigkeit“ ins Spiel.

Unnötig zu erwähnen, daß man diese Kampagnen zur „Überwindung Japans“ und zur „Errichtung einer Unabhängigkeits-Gedenkhalle“ natürlich unter geschickter Ausnutzung der weitverbreiteten anti-japanischen Stimmung in der Bevölkerung anheizte. Schon vor dem 12. August, der gemeinhin als der Tag gilt, an dem die Regierung die oben genannten Kampagnen ins Leben rief, erschienen nicht wenige Leserbriefe folgenden Inhalts in der Presse: „Stützt die anti-japanische Bewegung in der Bevölkerung!“ (*Chosun*, 30. Juli), „Führen wir eine Bewegung zur Überwindung Japans!“ (*Dong-a*, 5. August). Für das südkoreanische Regime war es jedoch eine unerläßliche Maßnahme, die Aufmerksamkeit der Bürger auf die Kampagne zur „Überwindung Japans“ zu lenken, die die Massenmedien mobilisiert. Und zwar zum einen, um von vorneherein zu verhindern, daß der Bewußtseinswandel, der sich, hervorgerufen durch die anti-japanische Stimmung in der Bevölkerung, wie ein Lauffeuer verbreitete, zu Kritik an der Regierung und dann zu Anti-Amerikanismus und Wiedervereinigungsbestrebungen eskalierte, zum anderen, um eine komplizierte innenpolitische Situation zu bewältigen, die durch folgende Faktoren gekennzeichnet war: die Rede des Präsidenten am 15. August, seine Rundreise durch afrikanische Staaten ab dem 17. August, die Zuspitzung der ökonomischen Flaute aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan, der Erfolgszwang, unter dem die Regierung bei den Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan stand, die bevorstehende *deadline* für ein erneutes Aufflackern der Studentenbewegung mit dem Beginn des Semesters im September.

Die *Chosun Ilbo* propagierte übrigens am eifrigsten und auch am deutlichsten die „Überwindung Japans“. Konkret gesagt, sie begann am 12. August zunächst mit der großangelegten Veröffentlichung einer Gesprächsrunde der Redakteure unter dem Titel „Wir fordern eine nationale Initiative zur ‚Überwindung Japans‘“. Es folgte am 19. August die interdisziplinäre Gesprächsrunde „Die Rückstände der Kolonialzeit dürfen nicht länger mitgeschleppt werden!“ Vom 29. August an brachte die Zeitung im Durchschnitt einmal pro Woche die fortlaufende Serie mit dem Titel „Der Weg zur Überwindung Japans“. Die „Überwindung Japans“ sei eine „innere Reform“ und bedeute weder die Abschließung des Landes noch einen Anti-

Japanismus. Auf der Grundlage einer wiedererstarkenden Volksseele und einer Wende im Nationalbewußtsein müsse ein nationales Potential geschaffen werden, mit dem Japan besiegt werden kann. So lautete der Tenor dieser Artikel. Man kann zwar sagen, dies ziele darauf ab, „mit der Initiative zur Überwindung Japans ... einen bedeutenden Meilenstein für eine neue Selbstbestimmung und eine Neuentdeckung der eigenen Identität zu schaffen“ (*Chosun*, 29. August, Leitartikel), aber das wirklich vorgebrachte Ziel dieses Vorgehens bestand in der Verwirklichung eines „reichen Landes mit einer starken Armee“⁴¹ durch die Förderung der Industrialisierung usw. Das bedeutet, mit der Parole von der „Überwindung Japans“ wurde die Auffassung vertreten, sich mit der Verachtung Japans gegenüber der südkoreanischen Nation und ihrem Staat auf wirtschaftlichem und militärischem Wege auseinanderzusetzen. Und insofern kann man es bestimmt nicht als unzutreffend bezeichnen, wenn man die Wurzeln dieser Parole in dem Argument von der „Ausbildung des verfügbaren Potentials“ (*jitsuryoku yōsei*) sucht. Dieses Argument wurde unter der Kolonialherrschaft von den japanischen Imperialisten, deren Kollaborateuren, den pro-japanischen Elementen und den nationalen Reformisten propagiert, und es stellte einen Boykott der Unabhängigkeitsbewegung dar (*Chosôn Sibô*, 9. September).

Die Parole „Südkorea muß Japan überwinden!“ war in der Tat im In- und Ausland heftiger Kritik ausgesetzt. In ihrem Leitartikel vom 31. August mit dem Titel „Nationales Selbstbewußtsein und ‚Überwindung Japans‘ – Japan eignet sich weder als Modell noch als Ziel“ erklärte die *Hanguk Ilbo*, die wie jede andere Zeitung das Argument von der Ausbildung eines nationalen Potentials vertreten hatte: Die moderne Republik Korea sei nicht mehr das mit Schande besudelte „Korea in Japan“. Warnen müsse man davor, die Ziele der Republik Korea, Weiterentwicklung als Nationalstaat und Ausbildung eines nationalen Potentials, im Ein- und Überholen des „Japanischen Standards“ zu sehen. Diese Vorstellung sei engstirnig und unselbstständig. Wegen solch dürftiger Probleme, die auf Japan zurückzuführen seien, wie das Schulbuchproblem oder das der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dürften die Koreaner sich nicht mal himmelhochjauchzend, mal zu Tode betrübt zeigen. Sie sollten vielmehr ein Bewußtsein für historische Aufgaben entwickeln, das auch der Lösung von wirklich großen Problemen wie dem der Wiedervereinigung oder dem der Republik Korea als Entwicklungsland förderlich sei. Dies ist sicher nur unter der Voraussetzung möglich, daß man die Restbestände kolonialen Bewußtseins restlos überwunden

41 „Reiches Land mit starker Armee“ (jap.: *fukoku-kyōhei*): eigentlich japanischer Slogan aus der Meiji-Zeit. Zusammen mit der Parole „Zivilisation und Aufklärung“ (jap.: *bunmei-kaika*) verkörpert er wichtige Ansprüche und Zielsetzungen der Meiji-Restauration.

hat. Denn: Das koloniale Bewußtsein ist wider Erwarten tief verwurzelt, und so kommt es oft vor, daß man sich zwar bemüht, ganz objektiv zu sein, man aber unversehens und unbewußt das koloniale Geschichtsbild der japanischen Seite voraussetzt (*Tôitsu*, 18. September, Leitartikel). Um es mit den Worten der Studenten zu sagen, die zu Beginn des neuen Semesters im September 1982 Protestdemonstrationen organisiert haben: Die „Initiative zur Überwindung Japans“ vermied den Kern des Problems und unterstützte nur die Fortsetzung des Verhältnisses zu Japan in seiner bisherigen Form (*Asahi*, 16. September, Morgenausgabe). Nichtsdestotrotz dauerte es nicht lange, da wurde anstelle des Slogans „Südkorea muß Japan überwinden“ die prächtige Kampagne zur Sammlung für die „Errichtung einer Unabhängigkeits-Gedenkhalle“ eröffnet – so wie es die südkoreanische Regierung beabsichtigte, die Ende August die „Stellungnahme der japanischen Regierung“ angenommen hatte. Und es waren auch diesmal die südkoreanischen Massenmedien, die diese Kampagne nach dem Willen der Regierung aufgriffen und bald zu Ende führten. Das war die historische Wirklichkeit der südkoreanischen Gesellschaft.

„Statt eines Schlußwortes“ [Zusammenfassung]

Als *Folge* der Schulbuchaffäre blieben nach ihrer diplomatischen „Lösung“ Ende August folgende Probleme:

1. Kritik und Unzufriedenheit der Bevölkerung in Korea und Asien gegenüber Japan;
2. die japanische Regierung korrigierte weder ihr Asienbild noch ihre Schulbuchpolitik;
 - Anfang Oktober 1982 sprach sie ein Verbot der Anstellung ausländischen Lehrpersonals aus;
 - die Tendenz der Schulbuchprüfung blieb unverändert.

Die historische Bedeutung der Schulbuchaffäre:

- sie förderte die Einseitigkeit der zugelassenen Schulbücher und der Schulerziehung in Japan zu Tage,
- gleichzeitig enthüllte sie die Probleme Japans, Süd- und Nordkoreas und anderer asiatischer Staaten in Geschichte und Gegenwart.

Problem:

- Sie führte jedoch zu keinerlei grundlegenden Lösungen, da man sie zu einem bloßen „Zwischenfall“ abstempelte.

Lektion:

- Sie hat gezeigt, wie wichtig die Haltung, mit der Geschichte gelehrt wird, sowie die Qualität der zu vermittelnden Geschichte und Kultur für die Erziehung der Menschen und den Kurs einer Nation und eines Staates sind.

- Sie machte glaubhaft, daß Japan, Nord- und Südkorea sowie die anderen asiatischen Nationen erst dann in der Lage sind, wirklich den Weg der freien Koexistenz zu gehen, wenn sie sich immer wieder auf den 15. August besinnen.

Anmerkungen des Autors

- [1] Die Namen der in diesem Essay zitierten Zeitungen kürze ich wie folgt ab:

Japanische Zeitungen:

„Mainichi shinbun“ (*Mainichi*), „Yomiuri shinbun“ (*Yomiuri*), „Nihon keizai shinbun“ (*Nikkei*), „Sankei shinbun“ (*Sankei*).

Südkoreanische Zeitungen:

„Dong-a Ilbo“ (*Dong-a*), „Chosun Ilbo“ (*Chosun*), „Han-guk Ilbo“ (*Hanguk*), „Joong-ang Ilbo“ (*Joong-ang*).

Die nordkoreanische Zeitung „Rodong Sinmun“ (*Rodong*).

Die japanischsprachige Ausgabe der Zeitung der in Japan lebenden Südkoreaner „Tôitsu Nippô“ (*Tôitsu*).

Außerdem werden noch die Zeitungen der in Japan lebenden Nordkoreaner, *Chosôn Sibô* und *Choguk T'ong'il Sinbo* genannt.

Die Angaben des Erscheinungsdatums beziehen sich immer auf das Jahr 1982.

- [2] Hidaka Rokurô: „Hansei“ to wa nani ka [Was bedeutet „Selbstkritik?“]. *Sekai*, 1982, 10 (Oktober), S. 51.
- [3] Shakaika-kyôkasho shippitsusha-kondankai-hen [Verband der Autoren gesellschaftswissenschaftlicher Schulbücher (Hrsg.)]: *Kyôkasho-mondai to wa nani ka* [Was hat es mit dem Schulbuchproblem auf sich?]. *Miraisha* 1984, S. 31, 49–54.
- [4] Kim Sun-il: Kyûkoku to wakai wo motomete [Ich fordere die Befreiung meines Vaterlandes und die Versöhnung]. *Sekai*, 1982, 10 (Oktober), S. 87.
- [5] Chôn Chun: Nihon no kyôkasho-mondai to kankoku no taidô [Die japanische Schulbuchaffäre und die Haltung Südkoreas]. *Jiyû*, 1982, 10 (Oktober), S. 22, 29.
- [6] Yi Yöng-hûi: Futatabi Nihon no „kyôkasho-mondai“ wo kangaeru [Nochmaliges Nachdenken über die japanische „Schulbuchaffäre“] *Han'guk sahoe yôn'gu*, erstes Heft (Juni 1983), Hangirusha [südkorean. Verlag]. In diesem Essay jedoch zitiere ich aus der japanischen Übersetzung in der japanischen Quartalszeitschrift *Kikan sanzenri*, Nr. 36 (November 1983), S. 95.

- [7] Wada Haruki, Kim Hak-hyŏn, Takasaki Sôji (Übersetzer): *Kim Dae-jung gokuchû shokan* [Kim Dae Jungs Briefe aus dem Gefängnis]. Iwanami Shoten 1983, S.210. Doch zog ich Kim Dae Jungs Buch *Gokuchû shoshin: Minzoku no urami wo idaite* [Briefe aus dem Gefängnis: Den Unmut des Volkes in der Brust] (New York: 1983, S.230) zu Rate und änderte die Übersetzung teilweise.
- [8] Satô Tatsuya: Jimintô-bunkyôzoku no kyôkasho-shinryaku [Invasion der Schulbücher durch die Erziehungslobby der LDP]. *Gendai no me*, 1982, 11 (November), S. 66.
- [9] Takabatake Michitoshi rondan jihyô [Zeitkritik], (1. Folge). *Asahi shinbun*, Abendausgabe vom 29.9.1982.
- [10] *Sekai*, 1982, 10 (Oktober), S. 83–85.
- [11] Imazu Hiroshi: Nihon ni totte Ajia to wa nani ka [Was bedeutet Asien für Japan?]. *Koria hyôron*, 1982, 10 (Oktober), S. 12.
- [12] Itô Toramaru: Nani ga kawaranakereba ikenai no ka [Was muß sich ändern?]. *Daigaku kirisutoshu*, Band 22, Nr.71 (Januar 1983), S.29.
- [13] Masamura Kimihiro: Ima, kyôiku ni nani ga kakete iru ka [Woran mangelt es unserem Erziehungswesen zum jetzigen Zeitpunkt?]. *Sekai*, 1983, 9 (September), S. 158.
- [14] Ônuma Yasuaki: Nigai jiko-kyôiku no teko [Hilfsmittel zur bitteren Selbstkritik]. *Kikan sanzenri*, Nr.32 (November 1982), S. 28, 33.
- [15] Siehe Katô Shûichi: Kyôkasho ken'etsu no byôri [Zur Pathologie der japanischen Schulbuchzensur] sowie Hidaka Rokurô: „Hansei“ to wa nani ka [Was bedeutet „Selbstkritik?“]. Beide Artikel aus *Sekai*, 1982 10. (Oktober); vgl. die Übersetzung von Wolfgang Schamoni in *KAGAMI*.1982.2.
- [16] Hatada Takashi: Nihon ni okeru Tôyôshigaku no dentô [Die Tradition der Asien-Geschichtswissenschaften in Japan]. In: *Rekishigaku-saikôsei no kadai* [Die Aufgabe, die Geschichtswissenschaft umzustrukturieren]. Hrsg.: Ubukata Naokichi, Tôyama Shigeki, Tanaka Masatoshi. Ochano-mizu Shobô 1966, S. 223–224.
- [17] Siehe Bandô Hiroshi: Rekishi ni okeru minzoku no mondai ni tsuite [Über das Nationenproblem in der Geschichte]. Aus: *Minzoku no mondai* [Das Nationenproblem]. Azekura Shobô 1976, S. 304–306.
- [18] Haga Hanjirô: Kongetsu no kotoba [Worte des Monats]. *Shakai-kagaku no hoho*, Nr. 11 (1982), Ochanomizu Shobô.
- [19] *Kikan sanzenri*, Nr. 31 (August 1982), S. 41.
- [20] Siehe Konaka Yôtârô, Hiraoka Masaaki und Nishigaito Kensuke: Jimae no rekishi-ishiki ni mukete [Auf dem Weg zum eigenen Geschichtsbewußtsein]. *Gendai no me*, 1982, 11 (November), S. 137.

- [21] Nakamura Mamoru: Kôkôsei no Chôsenzô [Das Koreabild unter Oberschülern]. *Kikan sanzenri*, Nr. 25 (Februar 1981), S. 70.
- [22] Kim Tal-su u. a.: *Kyôkasho ni kakereta Chôsen* [Korea in japanischen Schulbüchern]. Kôdansha 1979, S. 19.
- [23] Siehe Satô Nobuyuki: „Monbushô-kentei“-kyôkasho no Chôsenzô [Das Koreabild in den Schulbüchern „unter dem Zulassungsverfahren des Kultusministeriums“]. *Kikan sanzenri*, Nr. 33 (Februar 1983).
- [24] Kim Sun-il, siehe Angaben unter [4].
- [25] Yi To-hyôn: Souru e no Tôkyô-tsûshin [Telegramm von Tôkyô nach Seoul]. Sanshûsha 1984, S. 13–14.
- [26] Hagiwara Daisuke: Issen-shôshaman no „rekishi“-ishiki [Das „Geschichts“-Bewußtsein von Spitzenangestellten der Handelsfirmen]. *Gendai no me*, 1982, 11 (November), S. 130–131.
- [27] *Shiarehimu*, Nr. 5 (Oktober 1982), Vorwort S. 2.
- [28] T'oron Han-il munhwakyoryu üi künbonmunje rül sa-eng'gak hada [Diskussion: Die Grundprobleme im kulturellen Austausch zwischen Südkorea und Japan]. In: *Onül üi ch'aek*, Nr. 3 (September 1984), Hangiru-sha, S. 21 (Die Äußerung Yi Yöng-hüis).
- [29] *Sekai*, 1982, 11 (November), S. 178.
- [30] Pak Hyôn-ch'ae: Bundansidae Han'guk minjokjuüi üi kwaje [Die Aufgaben des südkoreanischen Nationalismus im Zeitalter der Teilung]. In: *Han'guk minjokjuüiron II* [Über den südkoreanischen Nationalismus II]. Hrsg.: Song Kôn-ho, Kang Man-gil. Ch'ang'jak kwa Bip'yôngsa, November 1983, S. 60–61.
- [31] Yi Sun-kwôn: Yöksa kyoyuk kwa minjokjuüi [Geschichtserziehung und Nationalismus]. In: *Han'guk minjokjuüiron II* (siehe [30]), S. 310–312.
- [32], [33] Yi Yöng-hüi: siehe [6], S. 109.

* Yun Kôn-ja wurde 1944 geboren und ist koreanischer Abstammung. Er absolvierte sein Studium an der Tôkyô-Universität und unterrichtet gegenwärtig als Professor an der Kanagawa-Universität in Yokohama. Seine Fachgebiete sind Pädagogik und Geistesgeschichte.

Weiterführende Literatur

Annelie Ortmanns-Suzuki: Japan und Südkorea: Die Schulbuchaffäre. In: *Japanstudien*. 1.1989, S. 135–182. iudicium verlag München. (Red.)

Der Tennô bedauert

In seiner Rede während des Staatsbanketts zu Ehren des südkoreanischen Präsidenten Roh Tae Woo am 24. Mai 1990 in Tôkyô sagte Akihito u. a.:

Zwischen der koreanischen Halbinsel und meinem Land gibt es, nächste Nachbarn die wir sind, seit alters enge Beziehungen. Selbst in der Edo-Zeit, in der sich mein Land von der Außenwelt abschloß, haben wir Ihr Land und Ihre Leute freudig begrüßt und Ihre Delegationen ohne Unterbrechung empfangen.

Blicke ich auf die Geschichte dieses langen und fruchtbaren Austausches zwischen der koreanischen Halbinsel und meinem Land zurück, erinnere ich mich allerdings auch an jene Worte des Shôwa Tennô, der sagte: „Daß zwischen unseren Ländern für eine Periode dieses Jahrhunderts eine unglückliche Vergangenheit existiert, ist aufrichtig zu bedauern und darf sich nicht mehr wiederholen.“ Ich denke dabei an das bittere Leid, das in dieser unglücklichen Periode von meinem Land über die Menschen Ihres Landes gebracht wurde und kann darüber nur das schmerzlichste Bedauern fühlen.“

Asahi shinbun. 25. Mai 1990/4. (*Tennô keika no „okotoba“*)